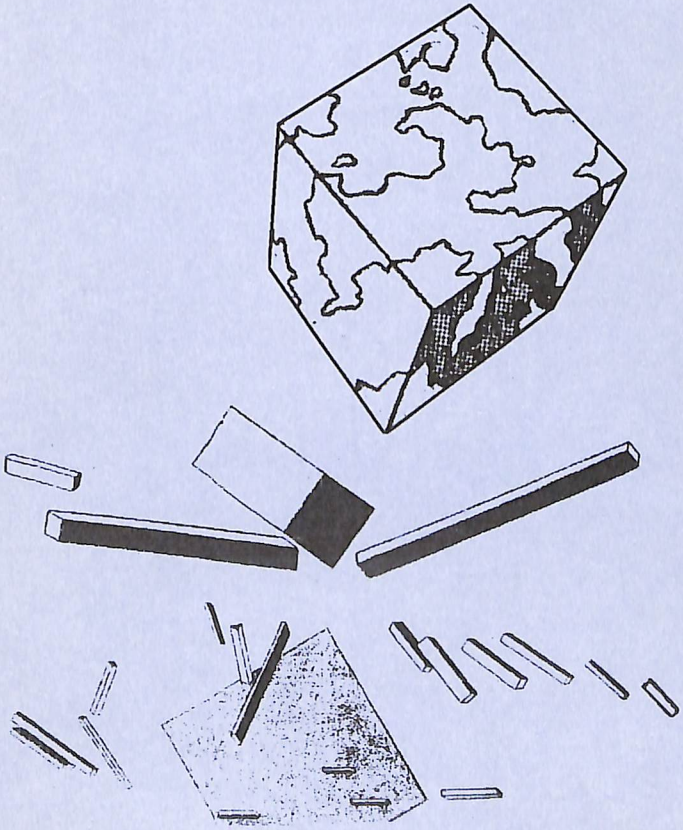
Wildcat-Zirkular

Nr. 38 Juli 1997

5 Mark



Wildcat Zirkular 38, Juli 1997
Verantwortlich für diese Ausgabe: Zirkularredaktion Mannheim-Ludwigshafen

kontakte

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.aball.de)

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de)

Freunde der guten Zeit c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg
Tel.: 040/390 84 87, Fax: /390 84 92

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat Mannheim-Ludwigshafen
Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel.: 0621/657746, Fax: /657747 (suba@wildcat.rhein-neckar.de)

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Konto 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Titelbild nach Ideen von El Lissitzky („Ein Schlag - alles fliegt auseinander") und der Processed World

Globalize it!

Im Editorial des letzten Zirkulars wird der „schlechte Empirismus" der Berichte über Albanien, die Bergarbeiter und die Bochumer PutzarbeiterInnen kritisiert: „*...bloße Berichte, Beschreibung, Erzählungen von Streiks und Kämpfen überall auf der Welt sagen uns immer weniger, was ihre historische Dynamik ist, inweifern sie Momente eines revolutionären Prozesses sind.*"
„Schlechte Empirie" gibt es in dieser Nummer satt. Wir haben einfach Meldungen zum Thema Klassenkampf aus der bürgerlichen Presse zusammengetragen. Eigentlich könnten sie sich selbst erklären. Allerdings: Für einen Beobachter mit Erfahrungshintergrund Mitteleuropa mögen sie *exotisch* erscheinen. Exotisch in zweifacher Hinsicht. Nicht nur im Sinne von weit weg und anders als hier, sondern auch im Sinne von antiquiert. Was ist daran eigentlich das Neue?

Bisher hat der Arbeiterkampf immer als Motor der kapitalistischen Entwicklung funktioniert. Mit dem Ergebnis, daß in den letzten Jahren in den alten Metropolen Armut, Arbeitshetze, Entsolidarisierung und sonstiges kulturelles Elend zugenommen haben. Die Arbeiterklasse als politische Größe ist nicht mehr spürbar. Was sich an Kämpfen tut, sind Abwehrkämpfe und hat wenig Vorantreibendes oder gar Revolutionäres an sich.
Auch die Kämpfe, von denen wir diesmal nicht in Zahlen, sondern in schlaglichtartigen Bildern berichten, treiben erstmal den Kapitalismus voran. Es geht der neuen und jungen Arbeiterklasse in Asien nicht um Revolution, sondern darum, Anschluß an die heutigen Lebensbedingungen im Westen zu finden. Genauer gesagt, Anschluß an das, was sie dafür halten. Sowohl in wirtschaftlicher, als auch in kultureller und politischer Hinsicht.

In Bahasa Indonesia heißt Globalisierung "Globalisasi". Auch in Indonesien argumentieren Regierung und Kapitalisten mit der gesteigerten Konkurrenz auf Weltebene. Die Menschen jedenfalls verbinden mit *Globalisasi* allerdings etwas ganz anderes. Es ist die Zusammenfassung ihrer Bedürfnisse, Wünsche, Hoffnungen. Es ist das Versprechen, das vom neoliberalen Kapitalismus gegeben wird, einen Weg aus dem sozialen, kulturellen und politischen Elend zu eröffnen. Es ist das Versprechen von fließend Wasser und Kühlschrank, Tekkno und Punk, Videorekorder und Internet und, irgendwie, Freiheit, oder besser, Befreiung aus den alten halbfeudalen Fesseln.

Wir leben in einer Dekade, die zeigt, daß historische Entwicklungen nicht den Strategien und Maßnahmen der Herrschenden und Mächtigen entspringen. Sondern aus den Hoffnungen, Bewegungen und Kämpfen der Menschen.
Noch kann der Kapitalismus dies in Arbeit und Produktivität wenden. Noch landen die Menschen nicht am Ziel ihrer Reise, sondern in den Hungerlohnfabriken von NIKE und anderen.
Von uns aus gesehen stellt sich das natürlich anders dar, wenn wir nicht genau hinsehen. Wir sehen das angeblich übermächtige Finanzkapital, das die Nationalstaaten und Nationalökonomien unter Druck setzt. Aber das Finanzkapital repräsentiert im Wesentlichen die erfolgreiche Ausbeutung der Leute in Asien.
Doch es gibt Anzeichen, daß diese kapitalistische Party ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Menschen in Albanien haben sich vor kurzem sehr eindrucksvoll dagegen ausgesprochen, die asiatischen Billigstlöhner in Europa zu werden. Aber auch die Leute in Asien selber sind mit einer solchen Rolle ganz und gar nicht einverstanden.

Worauf wir also hinweisen wollen: die Weltarbeiterklasse setzt sich in einem Umfang und einer Geschwindigkeit, die ohne Bespiel sind, neu zusammen. Das hat zwei Aspekte und beide Aspekte verbessern die Möglichkeiten für Kommunismus.
1. Das Proletariat ist zahlenmäßig zur Mehrheit der Weltbevölkerung geworden, oder anders ausgedrückt: Der Aufbruch der Massen auf der Suche nach Glück ist ein Schritt zur Voll-Endung des entwickelten Kapitalismus. Was Marx/Engels vor 150 Jahren im „Kommunistischen Manifest" postuliert haben, kann jetzt erst wahr werden: *„Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl."*
2. Die „alte" Arbeiterklasse, die ein Synonym ist für Sozialdemokratismus, Gewerkschaften, Kommunistische Parteien, Sozialstaat, Blau-Mann, Arbeiterstolz, Betriebsinteresse... verliert weltweit an Bedeutung und zersetzt sich in Fabrikflucht, Vertreibungen aus der Fabrik und in Abwehrkämpfen gleichermaßen. Das ist hier nicht prinzipiell anders als etwa in China. Dafür entsteht eine neue Klasse aus jungen Arbeitern und vor allem Arbeiterinnen der ersten Generation. Und es ist überflüssig zu erklären, warum ein siebzehnjähriges Mädchen mehr revolutionäre Hoffnung verkörpert als ein 35-jähriger Familienvater.
Diese neue Arbeiterklasse hat die Spielregeln des Kapitalismus noch nicht verinnerlicht. Und es gibt keine KPen mehr, die sich an die Spitze der Bewegung setzen und die Leute zurückhalten könnten. Diese Klasse ist wirklich zur „gefährlichen Klasse" (Wallerstein) geworden.

Aber vielleicht sind wir zu optimistisch? Daß sie diesen emanzipatorischen Schritt aus den halbfeudalen Bedingungen ihrer bisherigen Existenz gemacht haben, bedeutet noch nicht, daß sie auch den ganzen Weg zur Freiheit schaffen. Diese Suche ist ein schwieriger und schmerzhafter Prozess mit vielen Rückschlägen. In Indonesien stehen verzweifeltes Aufbegehren unter ethnischen oder religiösen Vorzeichen neben beeindruckend selbstbewußten ArbeiterInnenkämpfen. Und selbstverständlich ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die Kämpfe, Verhaltensweisen und Träume wieder kapitalistisch eingefangen werden, wie in Südkorea. Unser Anliegen ist, auf historische Chancen hinzuweisen, Garantien gibt es nie. Letztendlich ist unsere Sichtweise keine Frage von Optimismus oder Pessimismus, Hoffnung oder Frust. Sondern eine Frage nach unseren Aufgaben.

Zirkularredaktion Mannheim-Ludwigshafen, 13. 7. 97

Nike findet Lohnsteigerungen in Asien zu hoch

Zehntausend Arbeiter bei PT Ardaya Aneka, einem Nike-Subunternehmen in Indonesien, erhielten Ende April eine Lohnerhöhung von 10,7% als Folge einer Arbeitsniederlegung, bei der zwei Autos abgefackelt und die Büroräume verwüstet worden sind. Ein Sprecher des US-amerikanischen Sportschuhriesen begrüßte die Einigung, drückte jedoch auch seine „Sorge" über das schnelle Wachstum der untersten Löhne in Indonesien aus. Das Pro-Kopf-Einkommen Indonesiens, einem
200 Millionenland mit einer sich rasch entwickelnden Wirtschaft, wird immer noch auf weniger als 8000FF pro Jahr geschätzt. „Es geht darum, ob Indonesien zu teuer wird für den Markt",sagte er. (...)
Die Globalisierung macht es den multinationalen Konzernen möglich, Vorteile der Entwicklungsländer zu nutzen und die Produktion zu verlagern, wenn sich die Lohnstandards weniger vorteilhaft entwickeln. Die jeweilige Bevölkerung hat in diesen Fabriken zum ersten Mal eine feste Einkommensquelle. Dies steigert den Standard der Haushalte oder dient Großfamilien mit traditioneller Lebensweise als Zusatzeinkommen. Ein UN-Bericht stellt fest, daß in den Jahren 1988 - 95 $400Mrd privates Kapital zum Anschub unterentwickelter Ökonomien beitrug: Schaffung erster Infrastrukturen, Herausbildung einer Schicht von Konsumenten und Kleinsparern.

Nächster Halt, Afrika?

Südostasien war in diesem Jahren aus verschiedenen Gründen das Hauptziel dieses Kapitalflusses: politische Stabilität, der Beitrag geschäftstüchtiger Auslandchinesen, die wirtschaftliche Öffnung Chinas, der Staaten des früheren Indochinas und, wenn auch in geringerem Maße, Burmas. (...)
Nikegründer Philip Knight fing 1963 in Japan an. Dann wechselte er nach Südkorea und dann nach Taiwan. Die steigenden Arbeitskosten in diesen Ländern, deren Wirtschaft sich zunehmend an höherwertigen Produkten orientierte, brachten ihn Anfang der 90er Jahre nach China, Vietnam und Indonesien, wo Arbeitskraft reichlich vorhanden und viel billiger war. Mehr als 120000 Indonesier produzieren Nikeschuhe. Inzwischen können sie von ihrem Lohn genug sparen, um sich ihre ersten japanischen Motorräder oder südkoreanischen Fernseher zu kaufen, die ebenfalls vor Ort montiert werden. Wenn China und Südostasien morgen „zu teuer für den Markt" geworden sind, verlagert Nike ja vielleicht nach Afrika ...

Le Monde, 24. 6. 97

Schottische Arbeiter schrecken ankommende Taiwanesen ab

Nach einem Erfolgsjahrzehnt zeigen die schottischen Bemühungen um Investitionen erste Risse. Taiwanesische Firmen, die bereits in Schottland Fabriken gebaut haben, weisen auf Probleme hin, die andere möglicherweise vom investieren abhalten.

Aus Taipei wird berichtet, daß taiwanesische Geschäftsleute in Schottland „viele Schwierigkeiten" haben. Sie sind alles andere als entzückt über die Arbeitskräfte, denn diese seien unflexibel und die Produktionskosten höher als erwartet. Die China Times: „Für Schottland wäre es ein herber Verlust, wenn diese Schwierigkeiten andere abschrecken."

Die Chunghwa Bildröhrenfabrik in Lanarkshire (3300 Beschäftigte) ist mit den Aufträgen in Verzug. Sie ist außerdem unzufrieden mit den Ratschlägen der örtlichen Unternehmenberatung bezüglich der Zulieferer. Und das Arbeitsamt wollte vor allem die Arbeitslosenquote vor Ort senken und vermittelte deshalb nur einheimische Bewerber, obwohl die Firma keineswegs nur Einheimische einstellen wollte.

Ein anderer taiwanesischer Geschäftsmann drückt in deutlichen Worten seine Unzufriedenheit mit dem Mangel an Flexibilität bei den britischen Arbeitern aus. „Wenn man einen britischen Arbeiter bittet, ein Tabelle anzufertigen, muß man ihm erst einen kompletten Entwurf dafür geben. Sie sind wie Schulkinder."

Die Produktionskosten sind höher als erwartet. Mu Hsinan, Geschäftsführer bei Lite-On, einem Monitorhersteller mit 1000 Beschäftigten in Lanarkshire: „Sogar wenn man die Ersparnisse bei den Transportkosten mit einbezieht, ist es teurer, hier zu produzieren."

Schottland steht nicht allein da mit seinen Problemen. Um den Absentismus in den Griff zu kriegen, mußte die südkoreanische Daewoo Electronics in der Fabrik in Antrim (Nordirland) eine „Einsatzreserve" schaffen, die diejenigen vertritt, die nicht zur Arbeit kommen. Daewoo sagte, daß das Management zwar die Produktivität steigern, nicht aber die Kultur ändern könne. (...)

Times, 27. 4. 97

Indonesiens Datenautobahn ist zu schnell für Suharto

Seit 30 Jahren kontrolliert Präsident Suharto das ausgedehnte Inselreich mit harter militärischer Hand, über der er jedoch den seidenen Handschuh des Fortschritts trägt.
Suhartos Erfolgsformel war einfach und effektiv: Gib dem Volk Konsumgüter, Visionen einer goldenen Zukunft und Informationen, die den Nationalismus fördern und das Regime glorifizieren.
Es funktionierte – bis Satellitenschüsseln auftauchten, in den verschlafenen Städtchen wie Karawang Sendetürme fürs Mobilfunknetz auf den Reisfeldern gebaut wurden und Computergeschäfte Zugang zum Internet ermöglichten.
Jetzt steht Suharto (75) einem Dilemma gegenüber. Einerseits sucht er Wege, die Flut von Informationen aus dem Ausland einzudämmen. Seine Berater halten diese für zum Teil verantwortlich für die jüngste Welle von Aufruhr in Mitteljava, dem industriellen Zentrum Indonesiens.
Andererseits: Wie kann seine Regierung der „Neuen Ordnung", deren Ideologie auf Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger rigider sozialer Stabilität basiert, die Kommunikationswege kontrollieren, ohne daß dadurch Wirtschafts- oder andere notwendige Kommunikation behindert wird?
Einem ähnlichen Dilemma stehen auch andere autokratische Regiemes in Südostasien gegenüber, von Rangoon bis Hanoi und Beijing.
Die dortigen Führer sehen, daß ihre Autoriät durch den globalen Datenhighway untergraben wird, da die verfügbaren Informationen die offizielle Propaganda oft widerlegt.
Letzten Monat warnte Suharto in einer Rede: *„Der freie Fluß weltweiter Information hat die Menschen aller Länder näher zueinander gebracht. Aber dadurch wird es möglich, daß fremde Wertmaßstäbe den Sinn für Nationalismus unterwandern. Diese fremden Einflüsse sind so stark, daß manchen Leuten nichts mehr an der Einheit ihrer Nation liegt."*

Die kleine Stadt Karawang, 50 km östlich von Jakarta ist symptomatisch für diese Informations-Revolution. Die Satellitenschüsseln können aus Übersee Nachrichten empfangen, die in den einheimischen Nachrichten verschwiegen werden. Nur so können die hiesigen Einwohner etwas über die blutigen ethnischen Zusammenstöße auf Borneo und das Abbrennen und Plündern von chinesischen Geschäften überall auf Java erfahren.
Die Bilder der brennenden Dörfer hatten einen Effekt, über den der Präsident erfreut gewesen wäre: Die Stadt wurde mit den gelben Fahnen der Regierungs-

partei GOLKAR geschmückt. Hausbesitzer schrieben „Muslim" auf ihre Zäune und Mauern.
In Rengasdengklok, einer kleinen Stadt ein paar Kilometer weiter war die Wirkung anders. Dort leben von der Wirtschaftsentwicklung Marginalisierte, vor allem Arbeitslose und Analphabeten, die in der Moschee Trost suchen und den Lehren ihres örtlichen religiösen Führers folgen.
Im letzten Monat wütete ein muslimischer Mob eine ganze Nacht gegen chinesische Häuser, zündete eine protestantische Kirche und einen chinesischen Tempel an und hinterließ eine ratlos nach Erklärungen suchende Stadt. „Wir hatten bisher nie Probleme hier", sagte die chinesischstämmige Ety Wisuda, deren Haus geplündert und mit Steinen beworfen worden war. „Aber ein neuer Fernmeldeturm macht es möglich, daß die Leute mit ihren Verwandten in anderen Städten telefonieren. Und manche können TV empfangen. Nachdem die Krawalle in anderen javanischen Städten im Fernsehen waren, versammelte sich der Mob. Ich bin sicher, daß dies der Grund für alles war."

Chicago Tribune, 23.4.97

Indonesiens Budget

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, Armut und soziale Unruhen zu vermindern, verkündete Indonesiens Päsident Suharto heute einen Ausgabenplan. Dieser soll sowohl den Armen helfen, als auch die wirtschaftliche Stabilität erhalten. Der Staatshaushalt 97 beträgt $43 Mrd., davon sollen $19 Mrd. für soziale und wirtschaftliche Programme zur Linderung der weitverbreiteten Armut ausgegeben werden.

Voice of America, 6.1.97

Unzufriedene Fabrikarbeiter melden sich in Vietnam zu Wort

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Dazu forderte Karl Marx, Urheber des Kommunismus, auf. Und im kommunistischen Vietnam tun sie genau das. Mehr als vier Jahrzehnte nach der kommunistischen Machtübernahme ist das Land mit einer beispiellosen Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft konfrontiert. Die Vietnamesen haben die Schnauze voll von ausländischen Vorgesetzten, von denen sie mißhandelt werden, und von den Arbeitsbedingungen in den Sweatshops. Deshalb erreichen die Streikzahlen Rekordhöhe und dies in einem Land, in dem Streiks bis vor drei Jahren illegal waren. Von den vierundzwanzig legalen Streiks, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres stattgefunden haben, ereigneten sich achtzehn in Firmen mit ausländischen Investoren. Das Dilemma für Hanoi: Wie tritt man für Arbeiterrechte ein, wenn die Abhängigkeit des Landes von ausländischen Investitionen immer größer wird? Die staatlichen Medien haben einige Beschwerden der Arbeiter publiziert, um Druck auf ausländische Geschäftstätigkeit zu machen. Die Regierung blieb bei den einzelnen Streiks jedoch neutral. Diese endeten oft, ohne daß die Probleme gelöst worden wären.

Die Behörden sind gerade dabei, eine Arbeitsgerichtbarkeit zu schaffen, bisher stehen die Arbeitsgesetze nur auf dem Papier. Sie einklagen zu wollen ist unmöglich.

„Zu Streiks kommt es aus verschiedenen Gründen. Hauptsächlich, weil die Unternehmer die Rechte der Arbeiter mißachten," sagt Phan Duc Binh, Anwalt beim Arbeitsministerium. „Die ausländischen Investoren wissen über die hier geltenden Regeln nicht Bescheid."

In Südvietnam kam es in Firmen, die für den US-amerikanischen Sportschuhkonzern Nike produzieren, zu drastischen Fällen körperlicher Gewalt. Die Anschuldigung, daß ausländische Investoren Ausbeuter vietnamesischer Arbeiter seien, bekam dadurch neue Nahrung. Dazu kommt eine wachsende Ungleichheit zwischen vietnamesischen Neokapitalisten und der Arbeiterschaft. Dies alles könnte zu einer gefährlichen Herausforderung für die kommunistische Partei werden.

„Dieses Land braucht nicht nur ausländische Investoren," sagt Binh. „wir müssen auch ein juristisches System schaffen, das die Arbeiter schützt."

In Vietnam, dem selbsternannten Arbeiterparadies, gibt es einen grundsätzlichen Widerspruch. Ho Chi Minh und andere vietnamesische Nationalisten kamen in den 30er Jahren zum Kommunismus, weil der ein passender Verbündeter im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft war. Als

Nordvietnam in den 50er Jahren zur kommunistischen Republik erklärt wurde, war es noch kaum industrialisiert. Industrialisierung ist eigentlich eine Voraussetzung für den Kommunismus. Erst jetzt, wo die kommunistischen Wirtschaftsdoktrinen dahinschwinden, entwickeln sich im Land Schwerindustrie und Produktion. Und es entsteht eine Arbeiterbewegung, die Forderungen nach Gleichheit, Respekt und einem größeren Anteil am nationalen Reichtum stellt.

Ausländische Investitionen schaffen mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze. Der Lebensstandard in den Städten steigt, wenn auch nur bescheiden. Doch immer mehr Arbeiter fühlen sich zu Zahnrädern in einer Maschine reduziert, die vom ausländischen Geld und seinen vietnamesischen Geschäftspartnern gesteuert wird.

Weniger als 3000 Personen traten 1994 im ganzen Land in den Streik. Zwei Jahre später legte allein in Ho-Chi-Minh-Stadt die vierfache Anzahl die Arbeit nieder. Dieser Trend hält an.

„Wir beschweren uns oft bei unseren Vorgesetzten, daß wir keine Maschinen sind, sondern menschliche Wesen," sagt Ho Thi Thanh. Sie ist Gewerkschaftsvertreterin beim streikgeplagten Nikezulieferer Sam Yang Co., einer südkoreanischen Fabrik vierzig Kilometer von Hanoi entfernt. Im letzten Monat schlug ein Vorarbeiter einer Arbeiterin eine Schuhsohle um die Hüften, um sie anzutreiben. Das war eine Neuauflage eines vielbeachteten Vorfalles im letzten Jahr. Damals schlug eine Abteilungsleiterin einem Arbeiter eine Gummisohle auf den Kopf. Ein vietnamesisches Ad-hoc-Tribunal verurteilte die Frau zu einer Bewährungsstrafe von drei Monaten. Nike hat angeblich interveniert und besteht jetzt auf der Einhaltung der Arbeitsgesetze in allen Nikefabriken. Diese sind jedoch für Journalisten nicht zugänglich, außer bei angemeldeten und genehmigten Führungen.

Thanh sagt, daß es immer noch massive Probleme bei Sam Yang gibt. Es gibt immer noch keine Betriebsvereinbarung, deshalb können Arbeiter willkürlich gefeuert werden und zwar ohne daß die Gewerkschaft eingreifen kann. „Wenn man sich beschwert, suchen die Vorgesetzten nach Entlassungsgründen."

Ähnliche Probleme werden von Fabriken in Ho-Chi-Minh-Stadt, der Hauptstadt Hanoi und der Hafenstadt Haiphong berichtet. Außer über direkte Mißhandlungen beklagen sich viele Arbeiter, sowohl aus ausländischen als auch staatlichen Firmen, über schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne.

Am Rande von Ho-Chi-Minh-Stadt malochen tausende von jungen Männern und Frauen in der staatseigenen An Lac Schuhfabrik. Schon von außen kann man den ohrenbetäubenden Lärm der Nähmaschinen hören. Innen kämpfen Ventilatoren vergeblich gegen die stickige Hitze an. Die Sommersonne brennt auf das Wellblechdach, die Temperaturen im Gebäude können auf vierzig

Grad steigen. Die Frauen sitzen zusammengepfercht neben den Fließbändern, an denen täglich 7000 Paar Schuhe für Adidas, Fila und All-Star hergestellt werden. Für diese Arbeit gibt es 20 Cents in der Stunde, den von der Regierung festgelegten Mindestlohn.

Obwohl Arbeiteraktivisten im Westen solche Löhne in den Mittelpunkt der Kritik stellen, ist diese Bezahlung nach vietnamesischem Standard nicht schlecht, räumt Thanh ein. Das so erzielte Jahreseinkommen von ca. $600 ist halb so hoch wie das Durchschnittseinkommen in Ho-Chi-Minh-Stadt, aber viermal so hoch wie in ländlichen Gegenden. Die Beschwerden der Beschäftigten beziehen sich mehr auf die Arbeitsbedingungen.

Für Vietnams Einparteienregierung ist die Besänftigung der Arbeiter ein Eiertanz zwischen Ideologie und Pragmatismus. In vielen Fällen haben ausländische Investitionen Fabriken gerettet, die unter der Planwirtschaft dahindämmerten. Vor dem Fall Südvietnams im Jahr 1975 produzierte An Lac Schuhe für Bata, einen kanadischen Schuhkonzern. Mit dem kommunistischen Sieg wurde An Lac zum Lieferanten von Schuhoberteilen für die Sowjetunion. Als die Sowjetunion 91 zusammenbrach, blieb An Lac auf 70000 unverkauften Schuhoberteilen sitzen. Investitionen aus Taiwan und Südkorea Mitte der 90er Jahre retteten die Fabrik. Bestellungen von großen Schuhherstellern aus aller Welt gingen ein.

„Seit die ausländischen Arbeitgeber nach Vietnam gekommen sind, gibt es mehr Jobs," sagt Thanh, die Sam-Yang-Arbeiterin. „Aber es gibt auch Probleme."

AP, 22. 6. 97

Südasien ärmer als Schwarzafrika

Südasien ist inzwischen die ärmste, ungebildetste und unterernährteste Region der Erde und fällt damit zum ersten Mal in Bezug auf alle Maßstäbe menschlicher Entwicklung hinter das sub-saharische Afrika zurück.
Ein niederschmetternder Bericht zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen stellt eine ungeheure und immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich in fast der gesamten Region fest. Es ist der einzige Teil der Welt, in dem die Rüstungsausgaben gewachsen sind. Indien hat die viertgrößte Armee der Welt, Pakistan die achtgrößte.
Der Bericht wurde vom *Human Development Centre* in Pakistan erstellt und vom *United Nations Development Programme* unterstützt. Als eine der umfassendsten Studien dieser Art wirft der Bericht ernsthafte Zweifel auf, ob Indien wirklich auf dem Weg ist, ein asiatischer „Tiger" zu werden, so wie es behauptet.
Mahbub ul-Haq, Präsident des Human Development Centre und Hauptverfasser des Berichts, sagte gestern, daß es in Indien innerhalb des nächsten Jahrzehnts zur Revolution kommen könnte, wenn der Abstand zwischen Armut und Reichtum nicht kleiner wird. Die Reichen seien der Hauptnutznießer der Wirtschaftsreformen.
„Die Qualität von Sozialleistungen, Bildung, Transport, Trinkwasser und Gesundheitswesen verfällt," sagte er in Delhi. „Südasien muß eine Wende vollziehen, sonst wird es von globalen Kräften an den Rand gedrückt. Wenn das nicht gelingt, gibt es die enorme Gefahr, daß es in dieser Gesellschaft zur Revolution kommt. Indien ist näher an der Revolution, als es die Leute wahrhaben wollen."
Ein Fünftel der Menschheit lebt in Südasien, 40% der Armen der Welt leben dort. Indien ist Nr.142 in der Welt bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens, hat jedoch die höchsten Waffenimporte; Pakistan, Nr. 119 beim Einkommen, hat die zehnthöchsten.
Der Bericht weist auf den „Mythos" hin, daß der Teil Afrikas südlich der Sahara allen anderen Regionen in der menschlichen Entwicklung weit hinterherhinkt. Das stimmte vor drei Jahrzehnten, aber das südasiatische Pro-Kopf-Einkommen liegt heute bei $309, in Afrika südlich der Sahara ist es $555. Die Alphabetisierungsrate ist in Südasien niedriger und zwei Drittel der Kinder sind untergewichtig, in Afrika nur ein Drittel.

The Times of London, 2. 5. 1997

Lateinamerika
Wirtschaft - Arbeitsplätze: 1:0

Die lateinamerikanische Wirtschaft ist im Jahr 1996 gewachsen, bei steigender Arbeitslosigkeit und ohne daß soziale Fortschritte erzielt wurden. Zu diesem Schluß kommt ein ILO(Internationale Arbeitsorganisation)-Bericht, in dem es um die Auswirkungen von wirtschaftlichen Maßnahmen in der Region geht.

Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft im Jahr 96 positiv, die durchschnittliche Beschäftigungsrate fiel jedoch auf die Werte von Mitte der 80er Jahre, als die meisten Staaten in der Schuldenkrise steckten. Die Krise führte zur Übernahme von Wirtschaftsanpassungsprogrammen. Diese wurden als kurzer, steiniger Weg dargestellt, bis schließlich niedrige Inflation und Wachstum die sozialen Härten und Billiglöhne wiedergutmachen würden.

Obwohl unverzichtbar, kann Wirtschaftswachstum allein die Beschäftigungsbedingungen und Sozialleistungen nicht verbessern. Um Arbeitsplätze und ein höheres Einkommmensniveau zu erreichen, darf außerdem die Wachstumsrate einige Jahre lang nicht unter sechs Prozent fallen, da jedesmal die Beschäftigungslage schlechter wird, wenn sich die Kurve abflacht. Die Prämisse: niedrige Löhne zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die von einigen Ökonomen aus Regierung und Privatwirtschaft vertreten wird, ist in Wirklichkeit nicht richtig, so die Studie. (...)

Mexiko und Argentinien haben die Probleme des Jahres 1995 überwunden und konnten die steigende Arbeitslosigkeit aufhalten und sogar leicht reduzieren. Aber Brasilien, Kolumbien und Peru, die akzeptable Wachstumsraten verzeichneten, mußten 1996 wegen ihres makroökonomischen Ungleichgewichts weitere Anpassungen vornehmen. Lediglich Chile und Paraguay wurden nach ILO-Standard bezüglich der Beschäftigungsentwicklung als relativ hoch eingestuft.

Argentinien, Brasilien, Barbados, Kolumbien, Peru, Trinidad&Tobago und Uruguay hatten nur geringe Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.

Bolivien, Costa Rica, Ecuador, Jamaika, Panama und Venezuela waren in einer noch schlechteren Situation: steigende Arbeitslosigkeit, zumeist prekäre Arbeitsplätze.

Der ILO-Bericht zeigt auch eine Tendenz zu niedrigeren Abfindungen. (...)

InterPressService, 13. 12. 96

Argentinien: Anpassungsmaßnahme verursacht eine weitere Provinzkrise

Die Bevölkerung von Tartagal, einer Stadt an der bolivianischen Grenze, revoltierte diese Woche, gerade als eine Delegation des Internationalen Währungsfonds in der Hauptstadt ankam, um mit der Regierung weitere Anpassungsmaßnahmen für die Provinzen zu diskutieren. Ungefähr tausend Einwohner blockierten eine Straße in Tartagal, Provinz Salta, 1600 km nordöstlich von Buenos Aires. Hier sind 65% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter arbeitslos. Das Innenministerium schickte 300 Polizisten zur Wiederherstellung der Ordnung.

Ein ähnlicher Protest fand Mitte April in der Stadt Cutral Co in der südlichen Provinz Neuquen statt. Dort blockierten die Demonstranten die Autobahn, um auf fehlende Arbeitsplätze aufmerksam zu machen. Der nominelle Anlaß für diese Aktion war ein Lehrerstreik, aber der Grund war die Arbeitslosigkeit. Die Rebellion erreichte den Höhepunkt mit dem Eintreffen von 700 Polizisten, die die Straße unter Einsatz von Knüppeln, Tränengas, Hunden und Wasserwerfern räumten. In Cutral Co sind 35% der erwerbsfähigen Einwohner arbeitslos. Sie haben genug von den leeren Versprechungen der Regierung. Sie schossen auch in die Menge, eine vierundzwanzigjährige Frau wurde getötet.

Sowohl Tartagel als auch Cutral Co wurden nach der Privatisierung des YPF-Ölkonzerns – des profitabelsten Konzerns Argentiniens – zu Geisterstädten. Obwohl man die Ölförderung hätte fortsetzen können, beschloß der Konzern die Stillegung. Eine Welle von Arbeitslosigkeit war die Folge.

Als Konsequenz der IWF-Forderungen forderte die Regierung von allen Provinzen die Durchführung von Anpassungsmaßnahmen. Als Belohnung für Entlassungen und Schließungen winken Kredite für öffentliche Arbeiten.

Die IWF-Delegation drückte ihre Sorge über die „Ausgabenspirale in den Provinzen" aus. Im April verbrauchten die Provinzen 21% mehr als im Vorjahresmonat. Der Anteil der Provinzen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand liegt bei 41%. Deshalb, so die Kreditgeber, seien Strukturreformen zur Verbesserung der Finanzdisziplin in den Provinzen notwendig. Der argentinische Wirtschaftsminister stimmte zu, das sei „unerläßlich".

Die Krise in Tartagal, einer Stadt mit 50000 Einwohnern ist Teil des Widerstands in der Provinz Salta gegen die Maßnahmen, die von internationalen Geldgebern vorgeschlagen und von der Regierung nachgebetet wird. Diese Woche machte die Weltbank einen $60 Millionenkredit für Salta abhängig von der Streichung weiterer 4000 Stellen im öffentlichen Dienst. Die Weltbank schlug außerdem neue Privatisierungen vor.

InterPressService, 8. 5. 97

Zwanzig Verletzte bei Protesten gegen Privatisierung

Laut offiziellen Mitteilungen von Polizei und Gewerkschaften gab es am Montag in der mittelargentinischen Stadt Mendoza zwanzig Verletzte bei Zusammenstößenzwischen Polizei und Gewerkschaftern. Diese stehen im Zusammenhang mit Protesten gegen Pläne zur Privatisierung von Industrien. Die Krawalle brachen aus, als die Polizei Wasserwerfer und Tränengas einsetzte, um 300 Arbeiter am Betreten des Provinzkongresses zu hindern. Dort hatte der Senat gerade ein Gesetz zur Privatisierung des provinzeigenen Stromversorgungsunternehmens verabschiedet.
Seit Präsident Carlos Menem 1989 an die Macht gekommen ist, führt die peronistische Regierung eine allumfassende Privatisierung der Industrie durch. Gewekschafter machen die Reformen für den Anstieg der Arbeitslosenquote von 7% im Jahr 89 auf 17,3% im letzten Jahr verantwortlich.

Reuter, 19. 5. 97

Fünfzig Verletzte bei Arbeiterunruhen in Nordargentinien

Dies ist schon der zweite Tag von Zusammenstößen zwischen Zuckerarbeitern, die gegen Entlassungen protestieren, und der Polizei in einer der ärmsten Provinzen Argentiniens. Es gab mehr als fünfzig Verletzte.
Fernsehaufnahmen zeigten, wie amDienstag und Mittwoch die Grenzpolizei in der Provinz Jujuy Tränengas und Gummigeschosse einsetzte, um die Menge zu zerstreuen.
Die Gewalt brach aus, als die Polizei Straßenblockaden auflöste, die Arbeiter der Zuckerraffinerie errichtet hatten, um gegen jüngste Kündigungen und, in einigen Fällen, unbezahlte Löhne zu demonstrieren. Örtliche Gewerkschaftsführer riefen einen 24stündigen Generalstreik gegen die Polizeiaktionen und die Austeritätsmaßnahmen der Regierung aus.
Ungefähr 4000 Leute haben in den letzten Jahren in Jujuy ihren Arbeitsplatz wegen Kürzungen in der Zuckerindustrie verloren. Die Provinz an der Grenze zu Bolivien hat eine Arbeitslosenquote von 40%.

AP, 22. 5. 97

Uruguay: Vormals friedliche Nation von Unruhen angesteckt

Die gewalttätigen Unruhen, die in den letzten Monaten in argentinischen Provinzen und in Teilen Chiles stattfanden, scheinen ansteckend zu sein. Jetzt haben sie sich auf das bisher friedliche Uruguay ausgebreitet. In den letzten Wochen wurde das schläfrige Landesinnere von beispiellosen Massendemonstrationen erschüttert, bei denen eine Senkung der Arbeitslosigkeit und der Steuern gefordert wurden. Dies brachte die Regierung in die politische Krise und dazu, ihre Politik zu überdenken.

InterPressService, 18. 6. 97

Peru: Fujimori spannt sozialen Regenschirm auf

Der peruanische Präsident Alberto Fujimori kündigte am Freitag an, daß $2,7Mrd. in Fonds für soziale Programme gehen werden. Analytikern zufolge ist das der Versuch, seiner sinkenden Popularität wieder Auftrieb zu verleihen.

InterPressService, 20. 6. 97

Punks, Rastas und Headbangers: Die GenerationX auf Bali

Jeden zweiten Sonntag bei Einbruch der Dämmerung strömen Motorräder zum Strand von Padang Galak. Dort biegen sie in östlicher Richtung ab, überqueren das riesige, planierte Gelände, auf dem der erste Freizeitpark auf Bali entstehen soll, und halten schließlich auf einer Wiese unterhalb des Penyu-Dewata-Freibad. Wenn es dann Nacht geworden ist, haben sich ungefähr tausend Zweiräder eingefunden. Anlaß ist die zur Zeit größte Musikveranstaltung Balis - das alle zwei Wochen stattfindende Sunday Hot Music.

Schneeball

„Sunday Hot Music hat einen Schneeballeffekt erzeugt: Je mehr Gigs es gibt, umso mehr Kids wollen in einer Band spielen," sagt Gus Martin, der Rockhistoriker der Bali Post. „Sunday Hot Music ist mehr als eine Musikveranstaltung, es ist ein wichtiger Teil des Teenagerlebens von Denpasar geworden."
Einige balinesische Musikveteranen sehen als Auslöser des Booms den leichteren Zugang zu Musikinstrumenten. Agus Lempog, ein Gitarist, der in einigen bekannten Clubs auftritt: „ Man kommt heute leichter an Instrumente ran. Die Leute verkaufen ihren Landbesitz und wenn sie Kinder im Teenageralter haben, kaufen sie ihnen Musikinstrumente. Für die Kids ist das eine Form von Prestige, außerdem haben sie dann ein Hobby."

Ich schick dich sowieso zum Teufel

Solange es noch dämmert, ist die Menge eher spärlich. Als hintere Sitzreihe sozusagen stehen 200m von der Bühne entfernt Hondas nebeneinander. Erst bei völliger Dunkelheit läßt der Zustrom nach. Der riesige freie Platz zwischen Bühne und hinterer Reihe füllt sich. Unter dem Nachthimmel sitzen die Zuschauer Knie an Knie auf dem Boden.
Die ersten Musiker, die auftreten, tragen abgeschnittene Jeans und Turnschuhe, der Sänger hat einen breiten Schlips über seinem zerissenen T-Shirt. Superman is Dead (SID), eine Punkband aus Kuta, wurde Ende 95 von drei Studenten gegründet - Bobbie (vocals), Eka (rhythm) und Jerink (drums). Wenn ich dich nicht haben kann/ das is ok/ ich schick dich sowieso zum Teufel/ Liebe hab ich nicht motherfucker.

Deaththrashers

Die Punkrocker packen zusammen, eine kleine Gruppe von Jungs in schwarzen T-Shirts versammelt sich backstage. Sie sind Deaththrashers - Anhänger, Roadies und Manager der Deathmetalband Behead, die als nächste dran ist. Deathmetal ist die einzige Musikrichtung, die formal organisiert ist. *1921* stammt von der inzwischen eingestellten Deathmetalsendung im Radiosender Yudha, die immer zwischen 19 und 21 Uhr lief. Bei fast jeder Sunday Hot Music spielt eine der sieben Mitgliedbands von *1921*. Die Organisation unterstützt ihre Gruppen beim Aufbau vor den Gigs und beim Equipment. Bei Gigs flankieren *1921*-„Offizielle" die Bühne, damit keiner der Headbanger aus Versehen auf ein Kabel tritt.
Die Headbanger selbst sind intergraler Bestandteil der Organisation. Die Tätigkeit des Headbanging drückt Übereinstimmung mit *1921* aus. Die Organisation fordert „das Recht der Mitglieder, anders zu sein, auf welche Weise auch immer, und das Recht junger Leute auf ein extremes Image."

Reggae

Als Behead den letzten Akkord spielt, kommt die Reggaeband Adi Thumb, um ihren Platz auf der Bühne einzunehmen. Die schwarzgekleideten Deaththrashers verdrücken sich so schnell, als ob sie von den verzierten Baumwollhemden und bunten Farben abgeschreckt werden. Adi Thumbs Sänger Goes Toet zeichnet ein Friedenszeichen über seinem Kopf in die Luft und schreit „Jah" bevor die siebenköpfige Band mit dem Caribbean Blues loslegt.
Im Gegensatz zu den vorherigen Musikrichtungen hat Reggae keine sichtbare Menge von Anhängern beim Sunday Hot Music. Aber einiges andere spricht für Reggae. Reggae gilt als geeignet für das Tourismusgeschäft. Deshalb gibt es Gelegenheiten, in Hotels oder Clubs aufzutreten, und so vielleicht Karriere zu machen. Dafür bekräftigt der Reggae das Image Balis als perfektes Strandparadies. Obwohl von Bob-Marley-Songs dominiert, geht es beim balinesischen Reggae nicht so sehr um den Befreiungskampf der Rastafaris, sondern um die karibische Atmosphäre.

Auftritte

Für Reggaemusiker sieht die Zukunft in der balinesischen Tourismusbranche günstig aus, für die anderen balinesischen Bands ist das völlig anders. Touristenetablisments sind nicht an der Musik interessiert, für die sich die balinesische Jugend interessiert. Viele junge Musiker sagen, die Hotel- und Clubszene

sei sowieso reizlos, weil sie nicht vorgeschrieben bekommen wollen, was sie spielen. SID-Schlagzeuger Jerink: „Wenn wir in einer Bar auftreten wollen, müssen wir ein Repertoire von vierzig Stücken beherrschen, das uns vom Arbeitgeber vorgegeben wird. Und ganz bestimmt sind das keine Stücke, die wir mögen, denn es gibt keine Punkkneipe auf Bali." Deshalb sind die Musikszenen für Touristen und Einheimische fast völlig getrennt.

Globalisasi

Und Plattenaufnahmen sind weit jenseits der Möglichkeiten für die meisten Musiker. Für sie ist Musik weder zum Geldverdienen da, noch um Karriere zu machen. Also warum boomt die Jugendmusik? Vielleicht ist es die Antwort der Jugendlichen auf die sozialen Veränderungen der 90er Jahre. Die örtliche Wortschöpfung dafür lautet Globalisasi.

Da der physische Raum auf der Insel immer mehr von Hotels und Clubs eingenommen wird, zu denen die Einheimischen oft keinen Zutritt haben und riesige Einkaufszentren den Platz früherer Sportplätze einnehmen, verbringen die jungen Balinesen ihre Freizeit mit Musik. Da ihre Umgebung immer fremder wird, bietet Musik Schutz vor einer Kolonisierung des Geistes.

Vielleicht stellen die sich entwickelnden Musikrichtungen der balinesischen Jugendlichen deren Beitrag zur Formung der Globalisasi dar.

Die Reggaemusiker können am Wirtschaftswachstum teilhaben, indem sie sich ihr Stück vom Tourismuskuchen abschneiden. Nachdem sie ein halbes Jahrhundert lang anthropologisch romantisiert wurden, entdecken junge Balinesen ihre Seele im Deathmetall, einer der esoterischsten Produkte westlicher Unterklassenmusik. Die balinesische Jugend macht ihre Forderung geltend, das Traumland des Kapitalismus ohne die Fesseln kultureller Reservate genießen zu dürfen.

gekürzt aus: *Inside Indonesia*, Oktober 96

Wegnahme von Land entzündet außergewöhnlichen Protest in Vietnam

Vor kurzem gab es einen außergewöhnlichen Zusammenstoß.
Hunderte Polizisten in Kampfuniform marschierten auf ein kleines Dorf zu, um die Bauern vom Land zu vertreiben, das für einen Golfplatz vorgesehen ist. Die Kinder aus dem Dorf nahe Hanoi kamen ihnen entgegen - bewaffnet mit gerahmten Bildern, aus dem Besitz ihrer Eltern, die den Vater des vietnamesischen Kommunismus ,Ho Chi Minh darstellten,. Die Polizei bewarf die Bilder mit Steinen, Glas ging zu Bruch.
Die Bauern erzählen, daß ein Polizist schrie: „Jetzt ist nicht die Zeit von Ho Chi Minh, jetzt ist die Zeit von Vo Van Kiet."
Ob Permierminister Kiet über die Polizeiaktion Bescheid wußte, oder sie sogar billigte, ist ungewiß. Aber die ungewöhnlich dramatische Konfrontation vom 30. Dezember im Dörfchen Tho Da verdeutlicht eines der explosivsten Probleme der heutigen kommunistischen Führung Vietnams. Vietnam hat schlicht zu viele Menschen und zu wenig Land.
Von 75 Millionen Einwohnern leben 70 Prozent von der Landwirtschaft. Vietnam hat eine der weltweit höchsten Relationen, was Bevölkerung-pro-Ackerfläche anbelangt, trotzdem wird immer mehr Land zubetoniert. Durch den Bau von Fabriken und Infrastrukturmaßnahmen soll Industriealisierung und Modernisierung vorangebracht werden. Diesen Golfplatz möchte der koreanische Daewoo-Konzern bauen.
Die von der Regierung kontrollierte Presse hat den Vorfall von letzter Woche totgeschwiegen. Aber vorher gab es einen Artikel in einer Lokalzeitung, in dem „Dissidenten" für die Unruhen im Dorf verantwortlich gemacht werden. Der Artikel forderte außerdem die strafrechliche Verfolgung der „Saboteure".
Die Bauern von Tho Da haben ausländische Reporter eingeladen, um ihre Version der Schlacht darzustellen. Sie zeigen Ausrüstung, die die Polizisten zurückgelassen hatte, als sie unter dem Hagel von Steinen und Ziegeln geflohen war. Die Beute beinhaltet ein Elektroschockgerät, einen Gummiknüppel, einen Stahlhelm mit Drahtgesichtsmaske und verstärktem Nackenschutz, einen Plexiglasschild, eine Gasmaske und einen leeren Tränengasbehälter.
Die Bauern weisen auf die knochentrockenen Felder. Sie sagen, örtliche Beamte hätten die Bewässerungsgräben stillgelegt.
Am Tag des Zwischenfalls näherten sich vierzig LKWs aus drei Richtungen dem Dorf. Sie brachten 500 Polizisten, einige Deutsche Schäferhunde, Baumaterial und Stacheldraht. Die Bauern banden sich weiße Stirnbänder um,

das vietnamesische Symbol für den Tod. „Wir wollten zeigen, daß wir alles verloren haben," sagt ein Mann. Sie falteten die Hände wie beim buddhistischen Gebet. „Wir bettelten sie an, unser Land nicht wegzunehmen," sagt eine Frau. Ein älterer Mann, Veteran des Krieges gegen die Kolonialmacht Frankreich, eilte zwischen die beiden Gruppen und versuchte Frieden zu stiften. Die Polizei verhaftete ihn, er ist noch heute im Gefängnis.

Die Bauern berichteten, sie hätten Steine geworfen, um die Polizei fernzuhalten. Die Polizei hatte Schußwaffen, eröffnete aber nicht das Feuer. Ein günstiger Wind blies das Tränengas davon. Die Bauern zündeten drei Fahtzeuge an, darunter ein Traktor. Nach einer Stunde zog sich die Polizei zurück.

Und wenn die Truppen zurückkehren? „Dann wird es einen weiteren Kampf geben," sagt ein Bauer.

San Jose Mercury News, 10. 1. 97, (siehe auch Zirkular 32)

Wir wollen essen

Nanchong ist Chinas industrieller Alptraum. In der Provinz Sichuan gelegen, tausende von Kilometern von den internationalen Märkten entfernt, hat es weder Eisenbahnanschluß noch moderne Straßen. Die maroden Fabriken können die Löhne nicht auszahlen. Die ganze Stadt ist ein Relikt von Maos, mittlerweile zerbrochener, Eiserner Reisschüssel.
Im März kam es in Nanchong zu Arbeiterunruhen, die zu den bisher schlimmsten in China seit der kommunistischen Revolution 1949 gehören. Beschäftigte der größten Seidenfabrik der Stadt nahmen den Fabrikleiter als Geisel und führten ihn durch die Stadt, wobei sie ihren ausstehenden Lohn verlangten. Verärgerte Arbeiter aus anderen Fabriken schlossen sich ihnen an. Schließlich belagerten Zwanzigtausend das Rathaus dreißig Stunden lang. „Wir zogen ab, als uns die Auszahlung der Löhne versprochen wurde,"sagt einer. Ein Bombenattentat auf das Rathaus sorgte für weitere Unruhe in Nanchong.
China ist keineswegs knapp an Arbeitern, bei denen die Toleranzgrenze erreicht ist. Da Beijing versucht, Subventionen für defizitäre Fabriken zu kürzen, bekommen Millionen von Arbeitern immer dünnere Lohntüten oder sogar gar keine. In Nanchong blieben die Seidenarbeiter sechs Monate lang ohne Lohn, bevor sie rebellierten. Überall in China gibt es zahllose Arbeiter, die noch länger leiden. Beijings größte Angst ist es, daß sie dem Beispiel Nanchongs folgen. „Wenn sich Arbeiterunruhen verbreiten, dann bedroht das nicht nur die Wirtschaftreformen, sondern die Macht der Partei als solche," sagt ein Wissenschaftler aus Beijing, der von dem Aufstand wußte.
Dies erklärt, warum die Regierung so schnell nachgegeben hat. Wegen der bevorstehenden Übergabe Hongkongs und dem Grundsatzparteikongreß im Herbst streckte die Stadtverwaltung die Löhne vor und verhaftete den gekidnappten Fabrikleiter wegen irgendwelcher „Wirtschaftsverbrechen". Dann verhängte Beijing eine Nachrichtensperre, um Nachfolgeaktionen in anderen Teilen Chinas zu unterbinden.
Die Nanchongkrise macht Beijings Dilemma deutlich. Die Reform der Staatskonzerne führt zu steigender Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit führt zu Arbeiterunruhen. Die Anweisung aus Beijing, daß Städte und Gemeinden die entlassenen Arbeiter bei sich einstellen sollen. ist keine Lösung. Oft gibt es auch da keine Jobs. Soll also die Regierung mit Gewalt antworten, wenn unbezahlte Arbeiter immer häufiger auf die Straße gehen? Oder soll sie bezahlen und dadurch weitere Demonstrationen ermutigen? Die Antwort von Nanchong: Stabilität ist wichtiger als Reform.
In der Vergangenheit hat die Partei unzufriedene Arbeiter mit Härte behandelt. Im Juni 1989 eröffneten die Truppen das Feuer auf die Tien-an-men-

Demonstranten hauptsächlich deshalb, weil Arbeiter und Studenten anfingen, sich zu verbünden. Nicht Studenten, sondern Arbeiterführer wurden zum Tode und zu den längsten Haftstrafen verurteilt. Inoffizielle Gewerkschaften werden sofort verboten, ihre Führer ins Gefängnis geworfen.
Gleichzeitig nehmen die Klagen der chinesischen Arbeiterklasse zu. Laut Arbeitsministerium stieg die Zahl der „Arbeitskämpfe" von 1994 auf 1995 um 73% auf 33000. Und im vergangenen Jahr gab es eine ähnliche Steigerung. Mindestens ein Fünftel der Staatsbeschäftigten sind überzählig. Es wird erwartet, daß allein in Shanghai in den nächsten zwei Jahren beinahe eine halbe Million Stellen abgebaut werden. Kleinere Proteste gehören im industrialisierten Nordosten inzwischen zum Alltag. „Es gibt einen Trend, hin zum gemeinsamen Protest verschiedener Belegschaften," sagt Apo Leung vom Asia Monitor Centre in Hongkong.
Und die Gewalt bei den Arbeiterunruhen nimmt zu. Gerüchteweise wird ein Bombenanschlag in einem Beijinger Stadtteil, bei dem ein Dutzend Menschen verletzt wurden, Arbeitslosen zugeschrieben Der Aufstand in Nanchong jedoch geht über all das weit hinaus. (...)
Und es gibt noch jede Menge Zündstoff. Die staatseigene „Arbeiterzeitung" folgerte im letzten Monat: „In der Theorie ist die städtische Arbeitslosenquote 24% und das einzige, was Theorie und Praxis trennt, sind staatliche Subventionen (gewöhnlich in Form nichtrückzahlbarer Bankkredite)." Vorgeschlagen werden die Ausweitung der Wirtschaftreformen zur Schaffung eines gesunden Geschäftslebens und gleichzeitig „die Steigerung der Zahl der Arbeitskräfte einzuschränken".
Eine Lösung ist höhere Mobilität, aber sogar dabei ist die Regierung gelähmt. Ungefähr 130 Millionen ehemalige Bauern arbeiten bereits in Fabriken und Schätzungen gehen von noch mal der gleichen Anzahl überzähliger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aus. Die Polizei betrachtet diese Arbeitsmigranten als Sicherheitsrisiko. In Beijing finden vor der Übergabe Hongkongs am 1. Juli gezielt Razzien gegen sie statt.
Wenn Bauern in die Stadt ziehen, um Arbeit zu suchen, werden sie immer mehr zur Konkurrenz für die Staatsbeschäftigten. An einigen Orten wird das bereits deutlich. Bis vor kurzem waren die Ölfelder um die Stadt Puyang in der Provinz Henan ein Magnet für Arbeiter. Als jedoch die Geschäfte nachließen, feuerten die Manager Arbeitsmigranten, weil sie denen im Gegensatz zu den Ansässigen keine Abfindungen zahlen müssen, berichtet Han Dongfang, ein in Hongkong wohnender Arbeiteraktivist. Als die Firma bis zu 80% der Arbeitsmigranten rausschmiß, gründeten diese eine illegale Gewerkschaft und schickten Vertreter nach Beijing. „Seitdem hat man nichts mehr von ihnen gehört, wahrscheinlich sind sie verhaftet worden," sagt Han.
In einem ähnlichen Fall wie in Nanchong bekamen die Arbeiter der Shanxi-

Textilfabrik in der Stadt Taiyuan zehn Monate lang keinen Lohn. Während der Feiertage im Herbst letzten Jahres fand schließlich eine Kundgebung vor dem Rathaus statt. Nur dreißig von mehreren Tausend Arbeitern der Fabrik nahmen teil. Trotzdem erregten sie die Aufmerksamkeit Hunderter Schaulustiger und „beeinträchtigten den Straßenverkehr", so eine Quelle aus der Stadtregierung. Die Arbeiter organisierten den Protest in Schichten. Auf ihren Plakaten stand: „Wir wollen essen." Die Stadt entwickelte daraufhin Pläne, die Fabrik zu schließen und die Arbeiter bei sich einzustellen.

In Nanchong ist die Ruhe nur oberflächlich. Die Hauptsorge der KP ist, daß die Erfahrung von Nanchong zum Beispiel für den Rest des Landes wird.

Far Eastern Economic Review, 26. 6. 97

Sans-Papiers: Wir sind da!

Die Bewegung der Illegalen in Frankreich

Seit über einem Jahr macht in Frankreich eine Gruppe von Menschen von sich reden, die von Staats wegen keine Rechte und nichts zu sagen hat: die Illegalen oder besser gesagt die Papierlosen (Sans-Papiers). Sie kämpfen für ihr Aufenthaltsrecht und ihre zentrale Forderung lautet: Papiere für alle! Startzeichen war eine Kirchenbesetzung von 300 WestafrikanerInnen in Paris im März 1996. Seitdem hat sich die Bewegung in ganz Frankreich verbreitet. In der landesweiten Koordination sind heute 48 Nationalitäten vertreten.

Am 2. Mai hat in Köln eine Veranstaltung mit Madjiguène Cissé, einer Sprecherin der Sans-Papiers stattgefunden. Wir drucken hier Auszüge aus ihrer auf deutsch gehaltenen Rede ab.

»Ich werde versuchen, den Sinn von dem Kampf zu erklären, den wir seit über einem Jahr in Frankreich führen. Alles begann am 18. März 1996, als 300 Westafrikaner eine Kirche in Paris besetzten, um ganz einfach zu sagen: Wir sind da. Das war der erste Ruf: Wir sind da. Wir sind Männer und Frauen, die gewählt haben, in Frankreich zu leben. Jeder hat alleine alles versucht, um Papiere zu kriegen, und es hat nicht geklappt. Deswegen haben wir uns zusammengesetzt und haben eine Kirche besetzt, um den Leuten zu zeigen, was los ist. Eine Stunde später waren alle Medien da, Fernsehen und Rundfunk und Zeitungen, und dann waren auch die Unterstützungsorganisationen da, antirassistische Vereinigungen, politische Parteien, Gewerkschaften.«

Wir wollen unseren Kampf selber führen

»Die erste Reaktion von den Organisationen war: Es wird sehr schwer sein, weil wir eine rechte Regierung haben, und die wird die Forderungen nicht erfüllen, und deshalb raten wir, wieder nachhause zu gehen. Da sagten wir: Nein, das kommt überhaupt nicht in Frage, wir gehen nicht nachhause zurück. Wir können so nicht weiterleben, ganz in der Illegalität und ohne Rechte. Dann war die zweite Reaktion von den Organisationen: Ihr wollt nicht nachhause gehen, dann bleibt ganz ruhig, und wir werden alles für euch tun. Wir werden Briefe schreiben, wir werden zu den Behörden gehen, mit

ihnen diskutieren, und da werden wir eine Lösung finden. Da haben wir gesagt: Nein, das geht auch nicht. Wir sind groß genug, und wir fühlen uns fähig, für uns selbst zu entscheiden, und wir können auch selbst die Behörden von Frankreich treffen um über unser Schicksal zu diskutieren.

Das war dann ein Schwerpunkt von dem Kampf der Sans-Papiers in Frankreich, diese Autonomie. Es war nicht einfach. Einmal wurden wir von einer Vereinigung rausgeschmissen, die uns Versammlungsräume zur Verfügung stellte, weil wir gesagt haben, daß wir alleine entscheiden wollen. Manche Vereinigungen haben die Unterstützung aufgehört, aber wir haben weitergemacht und wir haben gesagt: Wir wollen unseren Kampf selber führen und selber entscheiden. Das haben wir gemacht, und das ist was ganz Neues. Wir werden in Europa eingeladen, aber so selbstorganisierte autonome Gruppen von Flüchtlingen haben wir noch nicht getroffen. Wir sehen immer die Vereine und Organisationen, die sind da, und diesen Paternalismus findet man fast überall. Die denken: Die Ausländer sind vielleicht unreife Leute, fast wie große Kinder, man muß alles für sie tun. Und immer trifft man Organisationen, die anstelle der Leute für die Leute sprechen wollen.«

Entgegen den Warnungen der Organisationen, die immer alles zu gefährlich fanden, sind die Sans-Papiers offen aufgetreten und zu einer Kraft geworden. Sie besetzen Kirchen und Lokale; sie gehen in der Mittagspause in Betriebe, um mit den ArbeiterInnen zu diskutieren; sie verteilen trotz Verboten Flugblätter in Metrostationen; sie sprechen selbst mit Politikern und Parteien; wenn sie nicht eingeladen werden, dann laden sie sich selbst ein und sind einfach da. Und sie gehen inzwischen auch unbehelligt bei der Polizei ein und aus:

»Wir haben als Sans-Papiers einen Status gewonnen. Es ist z.B. möglich, daß wir zur Polizeipräfektur von Paris gehen und sagen: Wir sind die Sans-Papiers von St. Bernard und haben was in der Präfektur zu erledigen. Und das klappt auch. Das hätte man sich vor dem Kampf der Sans-Papiers nie vorstellen können, daß der Polizist, dem man jeden Morgen sagt: Geh mal durch Paris und suche Sans-Papiers - daß zu dem Sans-Papiers kommen und sagen: Ich bin ein Sans-Papier, ich hab was zu erledigen. Das ist sehr wichtig, diese Autonomie. Das stört jahrelange Beziehungen zwischen Norden und Süden, das jahrelange Verhältnis zwischen Frankreich und den Kolonien, weil die Verhältnisse sind immer: Unterdrückter und Unterdrücker. So ist das immer gewesen. Unsere Autonomie stellt das infrage. Deswegen wurde auch die Repression sehr hart. Innenminister Debré konnte sich nicht vorstellen, daß so kleine Afrikaner, die keine Papiere haben, aufstehen und sagen: Wir sind da und wir wollen selber entscheiden.«

Wer über die Sans-Papiers redet, muß auch über die Schulden der Dritten Welt und die Verteilung des Reichtums reden

»Seit zwanzig Jahren ist das internationale Finanzkapital bei uns und in anderen Südländern und entscheidet alles. Wir haben sowieso Regierungen, die keine Entscheidungen treffen. Die Weltbank oder der IWF entscheiden die ökonomische Orientierung. Der Staat finanziert z.B. keine Erziehung und keine Gesundheit mehr. Wenn man krank und arm ist, dann stirbt man einfach. Durch Kinderkrankheiten sterben bei uns noch kleine Kinder, jeden Tag. Das sind die Konsequenzen der Strukturanpassungsmaßnahmen und von den Schulden der Dritten Welt. Die Schulden sind da, die sollen wir sowieso bezahlen. Die Zinsen werden immer größer. In zwölf Jahren haben wir dreimal die Schulden bezahlt. 1980 haben sie den Dritte-Welt-Ländern 565 Milliarden geliehen, und 1992 haben wir 1662 Milliarden zurückbezahlt. Das heißt, das Geld kommt aus dem Süden und wird in den Banken der reichen Länder deponiert. Das ist die Situation, und man muß sich die Hauptfragen stellen: Ob es so weitergehen kann, daß die Völker der Südländer diese Schulden immer weiter bezahlen.

Emigration ist die Konsequenz von den Schulden und den Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank und des IWF. Es gibt einen Film, der über den Kampf gemacht wurde, und da sagt eine Frau: Wenn ich die Infrastruktur hätte bei mir, wenn ich Arbeit finden könnte, wenn ich gute Krankenhäuser bei mir hätte, dann wäre ich nicht hier. Ich würde einfach ab und zu mal Urlaub machen in Frankreich, weil es sowieso zu kalt ist im Winter.

Wir wollen nicht um Papiere betteln. Diesen Humanitarismus wollen wir nicht. Das ist unser politischer Kampf und er stellt die Frage nach dem Nord-Süd-Verhältnis, den Dritte-Welt-Schulden, der Verteilung des Reichtums. Man kann nicht Stacheldrähte um Europa ziehen, solange es Armut, Elend und Krieg gibt. Man kann nicht Völker und Länder kolonisieren und dann sagen: Bleibt da, kommt nicht zu uns, wir brauchen Ruhe.«

Das Ziel ist nicht, alle Ausländer abzuschieben. Das Ziel ist, mehr Sans-Papiers zu produzieren.

Sans-Papiers in Frankreich sind nicht nur Menschen, die ohne Papiere eingereist sind, sondern auch viele, die wegen Gesetzesänderungen nach vielen Jahren in Frankreich ihre Papiere nicht verlängert bekommen.

»Der Unterschied zwischen Illegalen und Illegalisierten ist nur ein Unterschied der Worte. Wir machen keinen Unterschied, wir sagen: Papiere für alle. Uns geht es um die 'Libre Circulation' (Freies Fluten wurde das hierzulande mal

genannt), das heißt, daß alle Arbeiter reisen dürfen, wohin sie wollen. Man will mich als Arbeiterin hindern, nach Deutschland zu reisen oder nach Frankreich. Aber der Präsident von Zaire, der ist so schwarz wie ich, aber der hat kein Problem, wenn er nach Frankreich fliegen will. Der braucht kein Visum. Der fliegt nach Frankreich, der bleibt so lange er will, und wenn er krank ist, dann ist er in den besten Krankenhäusern. Nur einen Teil der Arbeiter will man daran hindern, zu zirkulieren. Die Frage ist: Ist das tolerabel, daß die Reichen überall hingehen dürfen, wo sie wollen, und daß man einen Teil der Arbeiter hindert, zu reisen.

Die Konditionen, Papiere zu erneuern, werden härter. Früher konntest du z.B. mit 4000 Francs Lohn die Papiere erneuert kriegen, und jetzt sind es 6000 Francs. Oder in dem Pasqua-Gesetz heißt es: Wenn der Ausländer die öffentliche Ordnung stört, dann kriegt er die Papiere nicht erneuert. Für Papiere muß man Arbeit haben, muß man eine Wohnung haben, usw. Die Konditionen werden immer schwieriger. Das sind Gesetze, die gemacht werden, nur um weniger Papiere zu geben.

Das Ziel ist nicht, alle Ausländer abzuschieben. Das Ziel ist, mehr Sans-Papiers zu produzieren. Die wollen uns nicht alle abschieben. Die wollen mehr Sans-Papiers produzieren, die dann jede Arbeit nehmen werden für irgendeinen sehr niedrigen Lohn. Das ist ein Ziel, warum solche Gesetze gemacht werden.«

Die haben immer Angst, daß die Frauen auch autonom werden

»Ich werde kurz über die Rolle der Frauen im Kampf der Sans-Papiers berichten. Unter den 300 Leuten der Gruppe von St.Ambroise/St.Bernard gab es achtzig Frauen, die - wenn auch diskret - eine sehr wichtige Rolle gespielt haben. Jedesmal, wenn die Bewegung drohte, zu erlöschen, haben die Frauen die Initiative ergriffen und alles dafür getan, daß es wieder lebendig wird, z.B. indem wir eine Demonstration organisiert oder ein Rathaus in Paris besetzt haben oder indem wir so eine überraschende Demonstration vor dem Palast von Chirac organisieren. Jedesmal, wenn die Gruppe von Trennung bedroht war, haben die Frauen die Lage gerettet. Ein Beispiel: Nach dem zehnten Tag Kampf in Paris wurden wir im 15. Arrondissement untergebracht. Da hatte SOS-Racisme mit dem Pfarrer von der Kirche abgemacht, 50 Leute unterzubringen. Wir waren aber 300. Als wir da ankamen, sagte der Pfarrer: Ihr seid zu viele, ich kann nicht 300 Leute unterbringen, ich mache einen Vorschlag. Die 50 Leute bleiben da, und die anderen gehen nachhause. Für die 50 Leute schlug er vor, daß es nur Familien sein sollten, weil es für Familien einfacher ist, Papiere zu kriegen. Da sagten wir: Nein, das geht nicht, weil die Hälfte der Gruppe alleinstehende Leute sind, Frauen und Männer. Wir haben die Nacht

dort verbracht, und am nächsten Morgen machte der Pfarrer einen anderen Vorschlag. Er sagte: Ich nehme die Dossiers, und ihr geht alle nachhause zurück. Ich werde alles tun, was ich kann, damit die meisten von euch Papiere kriegen. Dann haben wir eine Versammlung gehabt, und die Männer haben gesagt: Ja, wir können in den Pfarrer Vertrauen haben, wir lassen die Dossiers hier und gehen nachhause. Aber die Frauen haben gesagt: Nein, kommt nicht in Frage. Wir machen weiter, weil wenn wir nachhause gehen, dann gibt es sowieso keine Papiere und auch keinen Kampf mehr. Da haben die Frauen eine Versammlung unter Frauen gemacht und haben entschieden, weiterzumachen. Die Frauen sagten zu mir: Geh mal ein anderes Lokal suchen, wo wir Frauen weiter kämpfen können. Da hatte ich schon ein Lokal gefunden, das heißt 'Haus der Frauen' in Paris, da dürfen keine Männer rein. Dann haben die Männer es sich anders überlegt und gesagt: Nein, wir machen weiter mit euch, geht mal ein größeres Lokal suchen für alle. Und so ist es immer gegangen. Letzte Woche z.B. haben die Frauen das Rathaus vom 13. Arondissement besetzt. Aber da sind wir nur anderthalb Stunden geblieben, weil die Polizei uns alle rausgeholt hat. Dann sind wir alle, Frauen und Kinder, vier Stunden lang in Haft geblieben.

Im Laufe der Zeit haben die Männer bemerkt, welche Rolle die Frauen wirklich spielten, obwohl sie ängstlich zugesehen haben, wenn Frauen sich unter Frauen versammelt haben. Als wir uns in einem Raum trafen, sind die Männer immer hin und her gegangen und haben gesagt: Was machen die Frauen da, was sagen sie da unter sich? Die haben immer Angst, daß die Frauen auch autonom werden.

Wir sind dabei, eine Frauenorganisation zu gründen, um für die spezifischen Rechte der Frauen zu kämpfen. Ich meine, es hat sich viel geändert in den Beziehungen Mann-Frau in einer Gesellschaft die westafrikanisch und traditionell ist. Das war nicht einfach, aber wir haben die Männer gezwungen, ihre Meinung zu ändern. Das ist ein großer Fortschritt.«

Von der Gruppe der 300 Sans-Papiers, die im März 96 die Kirche St. Bernard besetzt haben, wurden 26 abgeschoben und vier sind freiwillig zurückgeflogen. 104 Menschen haben Papiere bekommen, allerdings nur kurzfristige für höchstens ein Jahr.

Die Bewegung weitet sich aus und erreicht weite Kreise. Im Februar und März sind hunderttausende gegen die Verschärfung der Ausländergesetze in Frankreich auf die Straße gegangen und haben den Zivilen Ungehorsam propagiert. In 420 Kinos läuft täglich ein Drei-Minuten-Film, indem ein Papierloser das Manifest der Sans-Papiers liest. Der Film endet mit der Forderung:

Papiere für alle!

(J./Köln)

Vom Klassenkampf zur Migration und zurück

Dieser Artikel soll unsere Diskussionen über die Bedeutung der Aktionen im CentrO/Oberhausen und bei den PutzarbeiterInnen in Bochum nachzeichnen. Zu den Aktionen selbst haben wir uns zweimal im Zirkular ausgelassen (in Nr. 33 und 36/37). Eine Kritik des ersten Beitrags steht in Zirkular Nr. 34/35, Anmerkungen zum zweiten im Editorial der Nr. 36/37. In den beiden bisherigen Beiträgen haben wir die verteilten Flugblätter dokumentiert und darüber hinaus mehr oder weniger nur beschrieben, was sich in Oberhausen bzw. Bochum getan hat, was bei den Flugblatt-Aktionen passiert ist, was die beteiligten ArbeiterInnen (MigrantInnen) diskutieren usw. Lediglich in der Einleitung in der Nr. 33 haben wir ein paar (oberflächliche) Anmerkungen zu unseren Hoffnungen und Erwartungen gemacht. Eigentlich wollten wir hier genau auf die Kritik aus Berlin/Potsdam eingehen. Herausgekommen ist aber eher eine Mischung aus Fazit und Zwischenstand unser Diskussionen, eine Art Selbstkritik als Ausgangspunkt unser weiteren Vorhaben. Im ersten Teil schreiben wir was zu den Entwicklungen ums CentrO, unsere Probleme und zu einem Teil der Kritik, im zweiten Teil was über die allgemeineren Diskussionen, die wir in den letzten Monaten dazu geführt haben.

Neugier

Erstmal dazu, wie wir zum CentrO gekommen sind. Wir waren Anfang letzten Jahres neu in der Region und haben erstmal die Augen aufgesperrt, wollten verstehen, wie das Revier funktioniert: Wo leben und arbeiten die Leute hier, welche Sektoren sind wichtig, wo gibt es Auseinandersetzungen, Klassenkämpfe; wo sitzen die interessanten politischen Initiativen; gibt es Leute, die über Klassenkampf und Revolution diskutieren, usw. Um mit Leuten ins Gespräch zu kommen, haben wir einige Veranstaltungen gegen Razzien gemacht. Dabei ging es weniger um die Kampagne, die wir als "Wildcat" ja nie richtig zum Laufen bekommen haben, sondern eher um eine Diskussion über Klassenkampf und Migration. Anknüpfungspunkt war die Auseinandersetzung über Entsenderichtlinie und Mindestlöhne. Zudem haben wir mit Leuten von der FAU eine Unterstützungsaktion für spanische Arbeiter gemacht, die bei einer Grillhähnchenfirma im Münsterland arbeiteten und dort mächtig übern Tisch gezogen worden waren. Dann wurden im CentrO jede Menge ArbeiterInnen gesucht. Wir brauchten auch mal wieder Geld und das CentrO schien einfach

der interessanteste Ort zu sein, wo mensch auch einen Job kriegen konnte: ganz neuer Laden, Rieseninvestition, Tausende neuer ArbeiterInnen... Das war kein Versuch einer "militanten Untersuchung", wo wir gezielt und organisiert die revolutionäre Subjektivität der ArbeiterInnen in einem wichtigen Sektor untersuchten. Dazu waren wir zu wenige, die Auswahl viel zu sehr bestimmt durch Zufall und Neugier. Was wir hatten, waren Fragen: Wer arbeitet da, was denken und machen sie, kämpfen sie und wofür. Wir wollten mitmachen, dokumentieren, und eventuell auch eingreifen. Dabei spielte keine Rolle, daß im CentrO viele MigrantInnen (in den Küchen AsylbewerberInnen) arbeiten. Wir sind dann von Leuten, die wir auf einer der Razzia-Veranstaltungen kennengelernt hatten, eingeladen worden, auf eine Versammlung Bochumer (Opel-)PutzarbeiterInnen, auch diese AsylbewerberInnen, zu kommen. In den folgenden Wochen sprangen wir dann von Treffen zu Treffen. Am Anfang sah es sowohl im CentrO mit den neuen KollegInnen als auch bei den PutzarbeiterInnen nach weiteren Konflikten aus. Dabei haben wir uns bei den Interviews und Diskussionen ziemlich zurück-, ja fast rausgehalten. Wir hatten zwei Probleme: Zum einen sahen wir die AsylbewerberInnen zwar als andere ArbeiterInnen, mit denen wir diskutieren und gemeinsam kämpfen wollten. Das war aber schwierig. Ihre konkrete Lebensbedingungen waren und sind so prekär, daß sie in den Diskussionen meistens über ihre spezielle Scheißsituation (Asylverfahren...) und die Möglichkeit unmittelbarer Verbesserungen sprechen wollten. Bei der Arbeit war es schwierig, gemeinsam gegen den Chef vorzugehen, weil sie mehr Angst vor Entlassung hatten und auch tatsächlich haben mußten, u.a.m. Die Situation von AsylbewerberInnen ist durch ihre Geschichte zwischen Repression, Armut und Flucht sowie den unsicheren Aufenthaltsstatus und die spezielle Erfahrung von Ausbeutung und Rassismus hier "anders". Viele verlangen quasi erstmal eine "Anpassung" an die "normalen Ausbeutungsbedingungen". Zum anderen trauten wir uns mit den wenigen, die wir sind, auch nicht zu, abgesehen von Interviews und Unterstützung (Infos, Kontakte, Kommunikation) mehr zu machen, z.B. von unserem Standpunkt aus zu kritisieren und Vorschläge zu machen. Das hätte viel genauere Auseinandersetzungen verlangt, die wir (neben unseren Jobs, den Treffen usw.) nicht hinbekamen. So beschränken wir uns in Bochum mehr oder weniger drauf, die Entwicklung zu protokollieren. In Oberhausen wollten wir eine Versammlung organisieren, um den ArbeiterInnen aus verschiedenen Läden und Sektoren die Möglichkeit zu geben, über die Konflikte zu diskutieren.

Subjektivität

Beim CentrO haben wir zunächst zwei Fehler gemacht: Zum einen haben wir

uns bei den Interviews viel zu sehr auf die Probleme mit den Bedingungen nicht nur bei der Arbeit konzentriert (Lohn, Arbeitszeiten, Arbeitserlaubnis, Wohnungssituation...) und zu wenig nach dem gefragt , was die Leute für Ziele über die alltäglichen Konflikte (um Lohn, Arbeitsbedingungen usw). hinaus haben, ob sie so leben und arbeiten wollen, wie sie das CentrO sehen, wie sie zu den anderen ArbeiterInnen stehen, ob sie mit denen zusammen was verändern wollen, wenn ja, was und wie, ob sie eine grundsätzliche Veränderung ihrer Situation anstreben, ob sie die Macht dazu sehen usw. Diese Fragen sind zwar in den Gesprächen aufgetaucht, aber die konkreten Probleme haben sie quasi zugedeckt oder verdrängt. Die Diskussionen drehten sich dann doch wieder um den nächsten Termin beim Ausländeramt, die Situation in den Wohncontainern, den Lohn, der zu niedrig ist. Hier haben wir zu wenig nachgefaßt. Der zweite Fehler setzt da an und betraf das Flugblatt bzw. die Einladung zur Versammlung. Weder unsere eigenen Vorstellungen noch die der ArbeiterInnen über Ansätze einer radikalen (revolutionären) Veränderung tauchten im Flugblatt auf. Darüber hinaus haben wir unsere Rolle in der Einladung zur Versammlung nicht klar benannt: wir hatten mit ArbeiterInnen im CentrO gesprochen und das, was dann in der Einladung stand, war in den Gesprächen an Standpunkten und Meinungen aufgetaucht; statt das auch so zu schreiben, haben wir es als Zustandsbericht und allgemeine Forderungen formuliert; wir hätten aber schreiben müssen, daß wir das jetzt dokumentieren und alle ArbeiterInnen aus dem CentrO zu einer Versammlung einladen, wo darüber diskutiert werden soll.
Insgesamt hatten wir das Problem, daß wir weder mit den Ergebnissen der Interviews und mit den Kontakten in die Läden, noch mit der Einladung zur Versammlung zufrieden waren, weswegen wir bis zuletzt darüber nachdachten, Verteilaktion und Versammlung abzusagen. Die Alternative war aber, nichts zu tun, da eine Verschiebung problematisch war. Wir hatten den Zeitpunkt vor Weihnachten gewählt, weil da im CentrO viel los war, danach drohte die Flaute, schon standen Kündigungen an...

Hoffnung

Als wir dann die Vorgänge in Oberhausen und Bochum fürs Zirkular Nr. 33 aufschrieben, geriet uns die Einleitung des Artikels zu oberflächlich und ungenau. Wir packten die Auseinandersetzungen auf dem Bau, die Konflikte der PutzarbeiterInnen bei Opel und die vagen Versuche im CentrO zusammen und sprachen von einer "Hoffnung" auf Kämpfe von MigrantInnen, die hier was zum Tanzen bringen. Dabei war unser Versuch im CentrO sehr begrenzt, eben keine "militante Untersuchung". Wir wollten im Zirkular lediglich über die Vorgänge berichten, die LeserInnen über die Konflikte informieren, ganz

im Sinne der "schlechten Empirie", wie sie der Autor des Editorial im Zirkular Nr. 36/37 kritisiert: wir schafften es nicht, die Entwicklungen über die Beschreibung hinaus zu kritisieren.
Die "Hoffnung" auf die Kämpfe der MigrantInnen ist dabei real, aber ist sie realistisch? Wir haben weder unsere eigene Situation richtig erklärt, noch begründet, warum wir diese Hoffnung haben und ob sie auf bestimmten Tatsachen gründet oder etwa auf der Verzweiflung über die lahmarschigen "einheimischen" ArbeiterInnen. Denken wir, daß wilde Kämpfe bestimmter Gruppen von ArbeiterInnen andere vom Hocker reißen? Gibt es solche Auseinandersetzungen oder deuten die sich irgendwo an? Wenn ja, wo und welche Macht kann an diesen Punkten entstehen? Kommt hier den MigrantInnen eine wichtige Rolle zu?

Lernprozeß

Diese Fragen haben wir nicht näher behandelt, sondern sind - ohne das genauer zu benennen - von der Begrenztheit der Konflikte im CentrO ausgegangen: gerade die "Verlagerung" vieler Einzelhandelsjobs aus der Innenstadt von Oberhausen und anderswo ins CentrO zeigt die Flexibilität des Sektors. Ob nun im CentrO oder in der Oberhauser Innenstadt die Sachen übern Ladentisch gehen, ob die Leute in Essen oder im CentrO in die Kneipe gehen, ist wahrlich egal. Selbst bei entwickelten Kämpfen können die Handels- und Gastronomieketten ihre Aktivitäten wahrscheinlich einfach an andere Orte verlegen, ohne daß das den kapitalistischen Akkumulationsprozeß in entscheidendem Maße beeinträchtigen könnte. Wichtig sind dann allenfalls die "Lern-"Prozesse bei den ArbeiterInnen, die sich aus ihren Erfahrungen, der Situation im CentrO und den Konflikten ergeben. Die wollten wir mitbekommen, was aber problematisch war, weil wir nur in wenigen Läden Kontakte hatten und die Kommunikation der ArbeiterInnen untereinander mehr schlecht als recht lief. Mehr Leute, die da hätten arbeiten können, gab es nicht. Dann kamen wir auf die Idee mit der Einladung zur Versammlung, um "die Kommunikation unter den ArbeiterInnen zu unterstützen". Das ist an sich ja nichts Revolutionäres, Kommunikation kann auch für die Produktivität und den Arbeitsfrieden wirken. Andererseits sind Kommunikationslosigkeit und Spaltung (wegen Sprachproblemen, wegen Trennung in verschiedene Branchen, Firmen oder Abteilungen) wichtige Probleme, weil hier die alltäglichen Schweinereien ansetzen. Wir können den Berlin/PotsdamerInnen in ihrer Kritik zustimmen, daß die ArbeiterInnen gespalten sind, weil sie schwach sind, und nicht umgekehrt, aber diese Feststellung bleibt erstmal abstrakt. Was bedeutet das denn? Daß wir alle Gruppen von ArbeiterInnen für sich machen lassen und darauf hoffen, daß "die ArbeiterInnen" stark werden

und dann auch zusammen kämpfen? Appelle an eine ominöse Solidarität helfen sicherlich nicht. Die stellt sich in der Aktion praktisch her oder bleibt Gelaber. Aber Information, Austausch und Diskussion (eben Kommunikation) über die Situation im Laden nebenan, auf dem Arbeits- oder Ausländeramt, bei den ArbeiterInnen der anderen Schicht usw. sind doch notwendige Bestandteile bei der Entwicklung von Stärke. Ob wir dann dafür gebraucht werden, "Räume für Kommunikation" zu eröffnen oder nicht, müssen wir nochmal genauer diskutieren; vor allem, ob wir das mit einer kleinen Gruppe und ohne genaue Untersuchung versuchen sollten!

Radikalisierung

Ein Problem, auf das auch die Berlin/Potsdamer KritikerInnen eingehen, ergibt sich aus einem unser Ausgangspunkte, daß sich in Konflikten und Kämpfen die Ansätze für kollektive revolutionäre Aktionen entwickeln können. Sie behaupten, wir würden folgendermaßen argumentieren: der Klassenkampf ist blockiert, weil die Leute eingebunden sind; die neuen MigrantInnen sind nicht in Gewerkschaften und Sozialstaat eingebunden, und ihre Kämpfe können die Blockierung aufbrechen; aber die MigrantInnen kämpfen ja für "gleiche Bedingungen", "materielle Verbesserungen"; wenn sie die erreichen, warum sollten sie dann weiterkämpfen?

Das stimmt an drei Punkten so nicht: In Bezug auf die Beziehung von Blokkierung des Klassenkampfes und Einbindung der ArbeiterInnen schreiben was von "es scheint so, daß..." und nicht "es ist so". Das ist Teil unser Oberflächlichkeit im Text. Was die Aufbrechung der Blockierung anbelangt, beziehen wir uns nicht nur auf Kämpfe von MigrantInnen, lassen aber offen, welche anderen ArbeiterInnenkämpfe da eine Rolle spielen können. Und was den Zusammenhang zwischen Kämpfen für "materielle" Verbesserung und dem Kampf für ein besseres Leben ohne Arbeit und Ausbeutung betrifft, denken wir, daß es den gibt. Aber dieser Zusammenhang ist bestimmt nicht so einfach wie "erst Kampf für mehr Geld und dann kommen wir und die schon drauf, daß es gegen den Kapitalismus gehen muß". Im täglichen Verhalten und den Konflikten müssen wir den Hauch der Revolution, den Willen nach Veränderung, die Momente revolutionärer Subjektivität suchen. Die sind nicht getrennt von den Kämpfen für materielle Verbesserungen. Es gibt nicht den "reformistischen" oder den "revolutionären" Kampf, bei dem wir uns nur dafür entscheiden müssen, daß wir uns dem richtigen anschließen. Innerhalb der Auseinandersetzungen thematisieren die ArbeiterInnen Arbeit als Ausbeutung selbst, auch wenn sie das nicht immer klar ausdrücken. In der Erfahrung kollektiver Aktion eröffnen sich neue Ebenen, Radikalisierungen, entwik-

kelt sich Stärke usw. Es ist unsere Aufgabe, diese Dinge aufzuspüren und klar zu benennen.
Wir haben das Problem, daß wir zuwenig über die subjektiven Momente des ArbeiterInnenverhaltens wissen und somit die Ansätze revolutionärer Aktion, auch die Momente, in denen sich die ArbeiterInnen gegen die Arbeit wehren, oft kaum mitkriegen. Werden sie nicht erst in Kämpfen wieder sichtbar? Wie sollen wir diese Momente sonst mitbekommen und mitentwickeln? Uns fiel da nur eine Versammlung ein...

Klassenkampf

Als dann bei den Versammlungen in Oberhausen und Bochum außer ein paar neuen Kontakten nicht viel rausgekommen ist, hat uns das nicht besonders gewundert. Wir hatten nicht erwartet, daß da jetzt die Post abgeht. In einer späteren Diskussion fragten wir uns, ob wir uns zu sehr durch Vorsicht und Skepsis leiten lassen. Statt Zurückhaltung wäre es vielmehr angebracht, unsere eigenen Vorstellungen, unsere Fremdheit gegenüber der Arbeit, unser Wut gegen die Verhältnisse deutlicher zu machen. Unser Problem war und ist aber auch, daß wir nicht wissen, warum da nicht mehr passiert und was wir denn erwarten (können). Hier spielte wieder eine Rolle, daß wir uns einerseits zuwenig auf die Subjektivität der ArbeiterInnen (MigrantInnen) konzentriert und andererseits auch kaum über den Zusammenhang Klassenkampf und Migration diskutiert hatten. Wir wandten uns erstmal dem zweiten Punkt zu. Welche Bedeutung hat die Wanderung von ArbeiterInnen für die Klassenbildung? Dazu lasen und diskutierten wir diverse Texte.
In den Thesen "Proletarische Wanderungsbewegungen und Klassenkampf" (Wildcat 44, 1988) wird das eindeutig formuliert: Proletarische Wanderungsbewegungen wirken als Motor der Neuzusammensetzung der Klasse; sie finden statt im Widerspruch zwischen Einkommensansprüchen der Proletarisierten und der Rekrutierungsstrategien des Kapitals; die Wirkungen der Wanderung sind ebenso widersprüchlich: zwischen Spaltung und Pazifizierung bis zur "Wanderung von Kampfformen". Unsere "Aufgaben" sind: Analyse der feindlichen Projekte (EG, Sozialstaat...); Bewegen innerhalb des multinationalen Proletariats/militante Untersuchung; Analyse der Klassenzusammensetzung, Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen, Untersuchung der weltweiten Migrationsströme. Migration ist also entscheidendes Moment der Klassenbildung.
In dem Brief einer Genossin aus Frankreich (Wildcat 59, 1992; Antwort auf einen neuen Vorschlag für eine militante Untersuchung der "neuen Arbeitsmigration" in der Nr. 58) erscheint das ganz anders: "In der aktuellen Phase gibt es eigentlich keine Veranlassung zu denken, daß das Milieu der ArbeitsmigrantInnen Träger einer revolutionären Perspektive sein könnte. ... solange

es keine breite Solidaritätsbewegung der einheimischen ArbeiterInnen gibt (die sich bisher nirgendwo abzeichnet) [wird unsere Rolle vorrangig darin bestehen] (...) ihnen dabei zu helfen, ihr legitimes Bedürfnis nach Integration in die Gesellschaft zu befriedigen".
Wir waren eigentlich stillschweigend davon ausgegangen, daß die MigrantInnen mit ihren Erfahrungen in den Kämpfen hier eine wichtige Rolle spielen, andererseits aber auch immer wieder neue MigrantInnen als "Spalter" und "Lohndrücker" eingesetzt werden. Das bleibt aber sehr allgemein und bringt wenig für eine genauere Analyse. Die Thesen in der 44 schlagen nun eine genaue Untersuchung der Beziehung von Wanderung und Revolution vor, während die Genossin aus Frankreich vor jeder Hoffnung auf eine revolutionäre Initiative von Seiten der MigrantInnen warnt.

Migration

Wir haben dann einen Text von Dirk Hoerder gelesen (Arbeitswanderung und Arbeiterbewußtsein im atlantischen Wirtschaftsraum, Archiv für Sozialforschung, 1988), der die Bedeutung von Migration für die Klassenbildung im "atlantischen Wirtschaftsraum" im 19. Und 20. Jahrhunderts untersucht. Dabei arbeitet er Entwicklungen und Begriffe heraus, die uns zum Verständnis dienen können.
Hoerder stellt sich die Frage, ob die Fragmentierung der Klasse durch Ethnizität die Unfähigkeit zur Klassensolidarität bedingt oder nicht. Er beobachtet, daß sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts im atlantischen Wirtschaftsraum Arbeitsmärkte herausgebildet haben, die mehrere Staaten, Regionen und Städte umfassen. Hier werden Arbeitskräfte für unterschiedliche Teilarbeitsmärkte rekrutiert (ungelernte Arbeiter, Dienstboten, Handwerker, gelernte Arbeiter ...). Es entwickelte sich ein "dualer Arbeitsmarkt" mit einheimischen ArbeiterInnen mit höheren Qualifikationen in Dauerarbeitsplätzen und ausländischen ArbeiterInnen ohne Qualifikationen in ungesicherten Jobs. Die Integration von MigrantInnen in die industrielle Arbeit schuf Probleme, vor allem dann, wenn diese vorher im Agrarsektor gearbeitet hatten. Es gab Konflikte um "Uhrzeit, Fließbandtakt, Unternehmerzeit".
Die Theorie vom "dualen Arbeitsmarkt" reicht Hoerder aber nicht aus. Er unterscheidet segmentierte, segregierte und stratifizierte Arbeitsmärkte. Segmentation bedeutet die Aufteilung eines Sektors in zahlreiche Teilarbeitsmärke, Segregation die Diskriminierung bestimmter Gruppen, damit die überhaupt nicht in bestimmte Teilarbeitsmärkte reinkommen und Stratifikation die Schaffung von Barrieren, die einen Aufstieg verhindern (Sprache, Alter ...). Die Frage nach der Klassenfragmentierung und Klassensolidarität erscheint nun in einem anderen Licht: in einem segmentierten Arbeitsmarkt konkurrie-

ren die ArbeiterInnen nur innerhalb eines Segments um die Jobs. Problematisch werde es erst, wenn innerhalb eines Segments Gruppen mit gleichen Qualifikationen um diesselben Arbeitsplätze konkurrieren, ihre Arbeitskraft aber zu unterschiedlichem Preis verkaufen (split labour market). Allerdings könne es auch hier zu "Aufwärtsmobilität" kommen oder zur Schaffung neuer unqualifizierter Arbeitsplätze, um die gar nicht konkurriert wird.
Zur Rolle der ethnischen Communities meint Hoerder, daß bei deren Aufbau die Erwartungen und Hoffnungen auf eine bessere Lage eine Rolle spielen, aber auch kulturelle Normen und Traditionen (Sprache, Religion, geschlechtsspezifische Rollenverhalten ...). Hier lägen die Wurzeln eines Klassenbewußtseins und Protestverhaltens, aber auch der Anpassung und Inaktivität. Communities seien notwendig, um sich zurechtzufinden, zu artikulieren, zu überleben, um Kämpfe länger durchzuhalten, aber sie spiegelten auch die Unterdrückungsstrukturen sowohl des Herkunfts- als auch des Empfängerlandes. Frauen spielen beim Aufbau der Communities und "nicht-institutioneller Beziehungsgefüge" eine Schlüsselrolle. Im Sinne einer "Familienökonomie" richtet sich die Arbeit einzelner Mitglieder, besonders der Frauen, nach den Bedürfnissen der Familie: Lohnarbeit, Nebenverdienste, Hausarbeit, Kinderarbeit ...
Hoerder nennt drei Faktoren, die angeblich das politische Bewußtsein von MigrantInnen bestimmten: der Wanderungsvorgang selbst (Energien werden für den Aufbau der Community gebraucht und nicht für politische Organisation), die hohe Mobilität und Fluktuation (Verhinderung des Aufbaus kontinuierlich arbeitender, einflußreicher Organisationen) und die Motivation der MigrantInnen (Bezug auf die Familie statt auf die Klasse). Dagegen hält Hoerder, daß die MigrantInnen in den Empfängerländern schnell wieder gezwungen würden, sich auf die Klasse zu beziehen. Migration könne die Entwicklung von Klassenbewußtsein hemmen, aber auch durch die Kombination von neuer Aktions- und Organisationsformen zu höherer Militanz führen. Als Beispiel sieht er den Einfluß revolutionärer MigrantInnen auf die Klassenkämpfe in den USA.
Insgesamt bleibt Hoerder auf einer soziologischen Ebene. Er schreibt, daß MigrantInnen neue Impulse bringen und eine höhere Militanz entwickeln, genauso aber auch die Kämpfe hemmen können. Das hinge alles von den speziellen regionalen Gegebenheiten ab. Er arbeitet die Bedeutung von segmentierten Arbeitsmärkten und Communities für die Entwicklung von Kämpfen und Militanz heraus. Dies hilft uns bei der Bewertung der Situation auf dem Bau (wo es eine direkte Konkurrenz gibt: split labour market) und in Bereichen wie Küche und Putzen (wo diese Konkurrenz nur in geringem Maße stattfindet). Hoerder läßt aber offen, welche Formen von Militanz von MigrantInnen den Klassenkampf voranbringen. Seine Begriffe von Klassenbe-

zug und Klassenbewußtsein der MigrantInnen bleiben völlig ungenau. Die Beziehung von Klasse und Revolution taucht überhaupt nicht auf.
Wir müssen das politisch (revolutionär) thematisieren: Wann und unter welchen Umständen bringen MigrantInnen den Klassenkampf voran? Wo und wie finden ihre Kämpfe statt? Welche Rolle sehen wir für uns dabei? Dies führte uns zu einer Diskussion über Klassenzusammensetzung, also der Frage: Welche Auseinandersetzungen bestimmen überhaupt den Klassenkampf und eröffnen Möglichkeiten der Revolution?

Klassenzusammensetzung

Wir diskutierten den Beitrag von Roberto Battaggia im Zirkular 36/37: Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter - einige Bemerkungen über die "neue Klassenzusammensetzung" (1980). Der setzt sich eigentlich mit den theoretischen und methodischen Unterschieden zwischen dem "klassischen" Operaismus (Bezug auf den Massenarbeiter) mit dem "Neo-"Operaismus (gesellschaftlicher Arbeiter) auseinander, aber die Diskussion erbrachte einige wichtige Punkte für unsere heutigen Fragestellungen.
Battaggia betont die Notwendigkeit genauer Begriffe und Kategorien im Sinne einer "Marxschen historisch-logischen kritischen Methode". Allgemeine Begriffe wie "Arbeiterklasse", "Arbeiter", "Staat" helfen da nicht weiter. Statt dessen führt der (klassische) Operaismus "Klassenzusammensetzung", "Arbeiterfigur", "Staatsform" als spezifische historische Abstraktionen ein. Klasse und Kapital nehmen je nach der historischen Form ihres Verhältnisses bestimmte Formen an.

Die "materialistische Instanz" ist für Battaggia entscheidendes Moment der operaistischen Theorie. Die Analyse geht von den Beziehungen Körper/Arbeitsinstrumenten, Denk- und Handlungsweisen/Produktionsweise, Subjektivität/Objektivität aus. Die "politischen Verhaltensweisen, die Formen, die vom Klassenkampf ausgedrückten Bedürfnisse" bestimmen sich "auf der Basis der objektiven Beziehung der Arbeit zum Kapital, des Menschen gegenüber der Maschine" (Handwerker: formale Subsumption [Unterordnung] seiner Arbeit, Wiederaneignung der Produktionsmittel, Selbstverwaltung; Massenarbeiter: reale Subsumption, gegen das physische Bestehen der Fabrik). Daraus ergab sich die Herausarbeitung einer zentralen "Arbeiterfigur", dem Massenarbeiter: "Der revolutionäre Prozeß definierte und definiert sich also in bezug auf die Arbeiterfigur, die in der kapitalistischen Arbeitsorganisation dominiert oder zur Dominanz tendiert. Die technische Zusammensetzung der Klasse bestimmt genau den Ausschnitt der Klasse, auf den das Kapital den Akkumulationsprozeß zu stützen versucht; die politische Zusammensetzung

der Klasse definiert den materiell bestimmten Charakter ihres Antagonismus [Widerstreits]".
Der Massenarbeiter war "ein Ausschnitt der Arbeitskraft der materiell homogenisiert [vereinheitlicht] wird durch eine bestimmte Beziehung zur kapitalistischen Technologie (dem Fließband) und einem daraus folgenden politischen Verhalten: Forderung nach Lohn als Einkommen, Verweigerung der Arbeit, Sabotage." Die Verbindung von objektiven (Ausbeutungsbedingungen) und subjektiven Gegebenheiten (politisches Verhalten) ermöglichte es dem Massenarbeiter "ziehendes Subjekt des revolutionären Prozesses" zu sein, "der Gesellschaft ihre Kämpfe aufzuzwingen und den überlieferten Theorieapparat des Klassenkampfs tiefgreifend zu revidieren [prüfen und ändern]."
Zusammenfassend geht es im jeweiligen historischen Kontext um das Verhältnis von Rebellionsweise/ Produktionsweise bzw. Subjektivität/Objektivität und eine Analyse der "Arbeiterfiguren" (materiell vereinheitlicht, ziehendes Subjekt?). Battaggia arbeitet Grundzüge einer Methode heraus, die uns im Verständnis der Entwicklung revolutionärer Bewegungen weiterbringt. Er verlangt eine genaue Analyse des Verhältnisses zwischen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der spezifischen Form des Verhaltens der ArbeiterInnen, ihrer "Rebellionsweise". Dabei geht es aber nicht um eine bloße Beschreibung. Er fragt, ob ein Begriff wie Klassenzusammensetzung "aktuell imstande ist, nicht nur ein komplexes und widersprüchliches Phänomen wie die kapitalistische Umstrukturierung ausführlich zu beschreiben, sondern ob darüber hinaus auf ihn auch ein präzis definiertes politisches Projekt begründet werden kann, das von präzisen Elementen charakterisiert ist, die ganze Klassenbewegung in einer einstimmigen revolutionären Politik neu vereinigen können." Soweit, so gut. Aber hier sind viele Fragen offen: Suchen wir nun eine neue "dominierende" Arbeiterfigur, ein "ziehendes Subjekt"? Wie untersuchen wir dieses spezifische Verhältnis von Produktions- und Rebellionsweise? Was ist, wenn es keine "dominierende" Arbeiterfigur gibt? Und wenn doch: Wie sieht die Beziehung aus zwischen einer "dominierenden" Arbeiterfigur und anderen "nicht-dominierenden"? Es ist wohl kein Zufall, daß einige Vertreterinnen des "klassischen" Operaismus bei leninistischen Parteikonzepten gelandet sind. Also: Welche Rolle nehmen wir bei den Kämpfen ein?

Untersuchung

Übertragen auf die Diskussion zu Migration wurde uns deutlich, daß wir ihre Bedeutung weiterhin nur vom Klassenkampf aus verstehen können: Welche Rolle spielen MigrantInnen mit ihren Erfahrungen und Kampfformen in bestimmten Sektoren bei der Herausbildung einer neuen Klassenzusammen-

setzung? Ohne eine (in einer allgemeinen Form unbegründete) Hoffnung auf die "Kämpfe von MigrantInnen" (siehe Kritik der Genossin aus Frankreich) geht es um die genaue Untersuchung der zentralen These in der Wildcat 44: Wo wirken denn proletarische Wanderungsbewegungen als "Motor der Neuzusammensetzung der Klasse"?
Dabei müssen wir uns noch genauer damit auseinandersetzen, wie wir uns eine revolutionäre Bewegung denn vorstellen. Gibt es in der heutigen Situation mit einer Aufsplittung der Ausbeutungsverhältnisse und einer Vielzahl unterschiedlicher "Arbeiterfiguren" noch die Möglichkeit, daß ein "ziehendes Subjekt" die Kämpfe bestimmt und vorantreibt? Oder gibt es kein vereinheitlichtes Subjekt (mehr)? Andersherum: Wenn es sowas wie ein (mehrere?) "ziehendes Subjekt" geben muß, dann stellt sich die Frage, wo das derzeit sein oder sich entwickeln kann...
Erstmal ist klar: Wir wollen "Arbeiterklasse" nicht als Zustand oder Ding begreifen, sondern als historisches Geschehen. Wir müssen versuchen, die jeweilige Zusammensetzung der Klasse als Verhältnis der objektiven Bedingungen (Produktionsweise) und der Verhaltens- und Rebellionsweisen der Subjekte zu begreifen. Dabei ist wichtig, in welchen Sektoren Kämpfe auch wirklich was umstoßen oder anstoßen können. Das hängt sicherlich mit der Bedeutung des Sektors für die kapitalistische Akkumulation zusammen (z.B. hatten die vielen Streiks von LastwagenfahrerInnen Wirkung, weil der Transport in Zeiten der Just in Time-Produktion große Bedeutung hat und die Streiks zu Produktionsausfällen im zentralen Sektor Automobilindustrie führten). Welche Rolle spielen aber Kämpfe in anderen Sektoren (z.B. Gastronomie)? Wie gehen wir damit um? Was würde ein Streik im CentrO auslösen? Wie kommt also Rebellion und Macht zusammen? Dabei geht es nicht darum, daß sich dann alle auf den "zentralen" Sektor stürzen. Wir müssen schon klären, wie wir uns zu Auseinandersetzungen wie die im CentrO verhalten: geringe Bedeutung der Kämpfe für die Akkumulation, keine offenen Kämpfe, ... Aber wir sollten klar haben, was für eine Bedeutung Bewegungen in solchen Sektoren haben können.
Was das Verhältnis von Migration und Klassenkampf betrifft, müssen wir weiterhin versuchen, auch die MigrantInnen als Subjekte zu begreifen, und nicht bei ihren Bedingungen stehenbleiben (als Objekte staatlicher Willkür, rassistischer Angriffe, usw.). Was wollen sie und wo gibt es Ansätze von Rebellion? Wenn lateinamerikanische WanderarbeiterInnen ihre Ideen von revolutionärer Befreiung mitbringen (siehe Artikel im Zirkular Nr. 32), ist es bei AsylbewerberInnen aus afrikanischen Ländern vielleicht deren Verständnis von ethnischer oder nationaler Befreiung und Demokratie. Andererseits stehen bei anderen MigrantInnen vielleicht die Fremdheit gegenüber der Lohnarbeit im Vordergrund, Kampftraditionen, Community-Strukturen - oder patriarchale

Strukturen und Arbeitsethik? Wir dürfen das nicht statisch sehen, auch hier kann sich was verändern: Arbeitszwang, Konflikte, Diskussionen, Verhalten in Konfrontationen, Wunsch nach Veränderung, Kämpfe.
Im Unterschied zu den 70er, wo die meisten MigrantInnen als Gastarbeiter hier waren und in für die Akkumulation zentralen Bereichen (Auto...) arbeiteten und kämpften, werden viele neue MigrantInnen in den 90ern in prekäre Sektoren gedrängt. Auch hier die Frage: Was bringen ihre Kämpfe dort? Zentral könnte sein, ob sich ArbeiterInnen in diesen Sektoren aufeinander beziehen, wie sich die "Einheimischen" solidarisieren, inwieweit sich andere in den Kämpfen wiedererkennen. Hier liegt das Problem bei den AsylbewerberInnen: sie wollen ihre Bedingungen verbessern, was oft lediglich eine Angleichung an die Ausbeutungsbedingungen der "Einheimischen" bedeutet...

Fragebogen

Beides ist wichtig, sowohl eine Analyse der objektiven Bedingungen, die Frage nach bestimmten ArbeiterInnenfiguren im Akkumulationsprozeß, wo passiert was, wie sind die Bedingungen, als auch eine Analyse der Subjektivität: Wie sehen die ArbeiterInnen ihre Rolle, haben sie ein Gefühl von Macht, was wollen wir, was können wir schaffen, wo setzen wir an). Wir sind gerade dabei, genauer zu diskutieren, wie wir "Subjektivität" überhaupt (be-)greifen können. Auf der einen Seite geht es um unsere eigene. Wir wollen dazu einen Fragebogen machen, in einer Art "Grundsatzpapier" die wichtigsten Punkte diskutieren und so zu einem gemeinsamen Verständnis kommen. Gleichzeitig geht es um die Subjektivität der anderen Menschen in den Bereichen, in denen wir präsent sind, in den "politischen" Projekten, im CentrO, bei den Metallern... Auch hier werden wir einen Fragebogen brauchen - auch wenn der als Mittel nicht nur in diesem Zusammenhang problematisch ist: Es ist nicht immer wichtig, was die Menschen sagen, sondern was sie tun! Aber die Interviews sollen ein Anfang sein. Dabei stehen die oben genannten Fragen zur revolutionären Subjektivität im Vordergrund: Was sind gemeinsame revolutionäre Ansatzpunkte, wo gibt es Momente kollektiven Verhaltens gegen die Ausbeutung in den täglichen Auseinandersetzungen? Und im einzelnen: Was hat sich durch die Entwicklung von der Großfabrik zu den Kleinklitschen verändert hat? Was haben wir/die anderen für einen Begriff von kollektiven Macht? Welche Wünsche und Vorstellungen stehen im Vordergrund? Welche Widersprüche und Spaltungen produzieren wir/sie? Was können wir/sie mit Begriffen wie Klasse oder Revolution anfangen ...

→ *ems*

Die Politik des neuesten Trends

Dieses Thema hört sich etwas seltsam, wenn nicht gar völlig abseitig an. Was ist mit dem »neuesten Trend« gemeint, und inwiefern macht es Sinn, bei »Trends« von einer Politik zu sprechen? Was haben Politik und der »neuste Trend« miteinander zu tun?

Im Laufe der letzten 25 Jahre, also seit Mitte der 70er Jahre, sind immer neue Forschungsansätze und Leitbegriffe wie Risikogesellschaft, Postmoderne, desorganisierter Kapitalismus, Postindustrialismus, Postfordismus und Globalisierung eingeführt worden. Die Sozialwissenschaften haben sich als unglaublich innovationsfähig erwiesen. Die Vertreter dieser neuen Begriffe und Forschungsansätze behaupten, sie seien notwendig, um die gegenwärtig laufenden Veränderungen verstehen zu können. Aber während die »Linke« scheinbar verzweifelt ihr einstiges marxistisches Erbe hinter sich läßt, hat die kapitalistische Welt gleichzeitig ihre liberalistischen Wurzeln wiederentdeckt. Ich sage »wiederentdeckt«, nicht weil diese liberalen Ursprünge jemals verlassen worden wären, sondern weil der Liberalismus vor allem in den 50er und 60er Jahren als Keynesianismus verkleidet daherkam. Der Keynesianismus lief nicht auf eine Theorie und Praxis des »dritten Wegs« zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und geplantem Sozialismus hinaus. Wichtig war er, weil er ideologisch einen reformierten und gezähmten Kapitalismus vorgaukelte, der im Namen von Demokratie und Staatsbürgerschaft eine Rettung verhieß. Die Wiederentdeckung des Liberalismus in den 70er Jahren war also keine eigentliche »Wiederentdeckung«, sondern faktisch eine Rückkehr zu den grundlegenden Prinzipien ohne die ideologischen Projektionen des Keynesianismus. Während die Linke sich also bemüht, ihre marxistischen Ursprünge hinter sich zu lassen, kehrt die kapitalistische Welt ohne jede Scham, und ohne daß das überraschend wäre, zu ihren Urspüngen zurück, feiert die Errungenschaften von Adam Smith und behauptet, seine Theorie der »unsichtbaren Hand« biete eine Lösung für die kapitalistische Krise. Die politische Rechte schaut mit anderen Worten in die Vergangenheit, um eine Rettung für die Zukunft zu finden, und die politische Linke gibt Smiths wichtigsten Kritiker auf – sie gibt Marx auf und ersetzt die Kritik an Smith durch Begriffe und theoretische Perspektiven, aus denen sich zu ergeben scheint, daß der Kapitalismus kein Kapitalismus mehr ist. Die Welt der neuen Linken erscheint als postindustrielle Welt, als postmoderne Welt, als Post-Klassen-Welt – mit anderen Worten als Welt jenseits der Grenzen der politischen Ökonomie. Manche mögen jetzt antworten, daß diese Einschätzung, was den Postindustrialismus usw. angeht,

ja vielleicht stimmt, aber daß die jüngsten Globalisierungs- und Postfordismus-Theorien doch Fragen anschneiden, die klar in die Tradition der politischen Ökonomie, einschließlich Marx' Kritik der politischen Ökonomie, gehören. Diese Antwort hätte gute Argumente auf ihrer Seite, wäre aber trotzdem irreführend. Ich will in diesem Papier zeigen, daß die jüngsten Globalisierungs- und Postfordismus-Theorien untrennbar mit der Programmatik und dem Projekt des Neoliberalismus verbunden sind, das letztlich auf eine Welt hinausläuft, die völlig auf neoliberalen Prinzipien zugeschnitten ist. Natürlich gefällt der neuen Linken das ungezügelte Wirken der Kräfte des Marktes, das der Neoliberalismus propagiert, nicht. Aber ob einem etwas »gefällt«, ist letztlich nur eine Geschmacksfrage. Ich will also darauf hinaus, daß sogar die irgendwie politökonomischen Vorschläge der neuen Linken die »Politik« aufgegeben haben. Und damit haben sie im Grunde den Begriff der »Totalität« aufgegeben, der nicht nur bei Marx, sondern auch bei Adam Smith zentral ist. Die politische Rechte hat zwar immer gern den Marxismus wegen seines totalisierenden Denkens lächerlich gemacht, aber sie selbst hat die »Totalität« in Wirklichkeit nie aufgegeben: Der Markt ist alles, und alles leitet sich aus dem Markt selbst ab. Tatsächlich hatte der Liberalismus schon immer großes Vertrauen auf die Macht des Marktes, ein so großes Vertrauen, daß er es nicht für nötig hielt, die gesellschaftliche Konstitution des Marktes zu untersuchen, mit der Begründung, daß der Markt sei schon immer von einer unsichtbaren Hand gelenkt worden. Dieses Vertrauen auf das Unsichtbare als wirkungsvolle, leistungsfähige und gerechte Allmacht ist seit dem Beginn der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ungebrochen. Marx und die sich auf ihn beziehende Tradition kritisierte diese unsichtbaren Prinzipien. Ich will darauf hinaus, daß die Globalisierungstheorien eben diese Kritik aufgegeben haben. Insofern ordnen sich politökonomische Fragestellungen der neuen Linken völilg der neoliberalen Anbetung unsichtbarer Prinzipien unter. Auch wenn der neuen Linken die hart zuschlagende unsichtbare »Hand« vielleicht nicht »gefällt«, so muß sie sie doch anerkennen, denn wenn man den »Markt« anerkennt, dann ist auch die List der Vernunft nichts anderes als das Projekt des Unsichtbaren.

Deshalb erscheint das Thema unseres Treffens, die Politik des neuesten Trends, nicht mehr so abseitig, wie es vielleicht auf den ersten Blick aussieht. Ich werde zunächst kurz die Entwicklung der »Linken« seit den 60er Jahren umreißen. Dann folgt eine Einführung in die aktuellen theoretischen Konzeptionen des »neuesten Trends«. Im Schlußteil werde ich die Argumentation zusammenfassen und die Bedeutung unseres Themas noch einmal neu einschätzen.

Ein kurzer Überblick über die Linke seit den 60er Jahren

Ende der 60er Jahre sah es so aus, als sei der Marxismus gerade dem Jungbrunnen entstiegen. Schon Mitte der 70er Jahre zeigten sich erste Risse, denn einstige Jünger des Marxismus erwiesen sich als Jünger der Mode. In den 60er Jahren war der Marxismus in und angesagt, aber schon Mitte der 70e Jahre war er es nicht mehr. Neue »Ismen« wie der Postindustrialismus, die ersten Blüten des Postmodernismus und Studien über die Krise des Sozialstaates erschienen. Diese neuen Richtungen rückten ab von der Strenge der marxistischen Analyse. Die Krise der kapitalistischen Reproduktion, die sich zum Beispiel als Krise des Staates und seiner sozialdemokratischen Ausrichtung zeigte, schien nach einer »realistischeren« Ausrichtung zu verlangen, die die Form wertfreier akademischer Forschung annahm (wie bei Offe und anderen sogenannten kritischen Theoretikern der zweiten Generation). Andere wiederum konzentrierten sich auf »neue Formen« des Kampfes und betonten das »Marginale« als das Wesen der Überwindung des Kapitalismus, ohne die Ausbeutungsverhältnisse überhaupt noch zu berühren. Diese als Postindustrialismus oder Postmaterialismus bekannte Forschung rückte die Ökologie und den Lifestyle in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Man verkündete den Abschied von der Arbeiterklasse, und wo der Marxismus weiterging, trat er fortan als Strukturalismus auf - eine Form des Denkens, in der alle gesellschaftliche Praxis auf ein Handeln reduziert wird, dessen lebendige Existenz angeblich in der Lage ist, Strukturen (!) zu reproduzieren. Daher war Agliettas wichtige Untersuchung, die die mit der Regulationsschule verbundene Wachstumsbranche und ihre Vorstellung eines Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus begründete, nur daran interessiert, welche Mechanismen nötig seien, um die Reproduktion des Kapitalismus sicherzustellen. Diese Untersuchung wurde erstmals 1974 in Frankreich veröffentlicht. Der Zeitpunkt ist wichtig. Die meisten Kommentatoren sind sich einig darüber, daß die politische Stabilität nachhaltig vom Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods zwischen 1971 und 1973 beeinträchtigt wurde und daß die bereits bestehende tiefe kapitalistischen Überakkumulationskrise von der Ölkrise 1974 weltweit beschleunigt und verschärft wurde. Deshalb ist es wichtig, daß Agliettas Untersuchung genau damals veröffentlicht wurde.

Während die Postindustriealisten und die Postmaterialisten also ihren Abschied von der Arbeiterklasse verkündeten, betonten vom Marxismus inspirierte Politökonomen wie Aglietta, was getan werden müßte, um die Akkumulation menschlicher Körper in Namen der Selbstausdehnung des Kapitals zu regulieren.

Diejenigen, für die die Erneuerung der marxistischen Kritik in den 60er Jahren mehr war als modische Übung, erlebten die 70er Jahre als besonders schweres Jahrzehnt. Der Heiße Herbst 1977 in Italien und Deutschland zeigte, wie gefährlich es war, am Projekt eines aufgeklärten und aufklärenden Marxismus festzuhalten. Einigen drohte der Verlust des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst, wenn nicht sogar Gefängnis, während andere meinten, sie müßten Loyalitätserklärungen an die Grundprinzipien von Staat und Gesellschaft abgeben. Die Hexenjagd gegen linke Intellektuelle und Professoren veränderte das intellektuelle Klima tiefgreifend und führte zu einem »Wertewandel« mit größerem Einfluß liberaler Ideen und Interpretationen.

Der Machtantritt der neokonservativen Parteien und die monetaristische Wende der amtierenden sozialistischen Parteien verstärkte den Glauben, daß man statt einer strengen marxistischen Kritik am besten eine Vermeidungsstrategie fahren sollte: um nämlich die schlimmsten Auswirkungen der neoliberalen Politik zu vermeiden. Außerdem wurde durch die Entwicklung der grünen Bewegung zu einer bei Wahlen erfolgreichen grünen Partei, besonders in Deutschland, die Auseinandersetzung über außerinstitutionelle oder institutionelle Kämpfe neu entfacht. Die Grünen etablierten sich erfolgreich, und aus den ehemaligen »Radikalen« wurden gewendete Parlamentarier mit Verantwortungsgefühl für die parlamentarische Demokratie. Habermas, der nur zehn Jahre vorher geächtet wurde, weil er die studentische Linke als »Linksfaschisten« denunziert hatte, konnte nun eine Politik des Verfassungspatriotismus propagieren, ohne daß ihm jemand widersprochen hätte. Auch die eurokommunistischen Parteien gingen unter bzw. integrierten sich ins politische System: entweder indem sie in Koalitionsregierungen einstiegen (wie in Frankreich) oder indem sie eine Politik des Historischen Kompromisses betrieben (wie in Italien; auch wenn der Historische Kompromiß nach der Ermordung Aldo Moros nie formell besiegelt wurde). Der Zeitgeist der 80er Jahre unterschied sich grundlegend von dem der 60er Jahre. Tatsächlich verkündete Althusser Ende der 70er Jahre, der Marxismus befinde sich in der Krise. Er meinte damit natürlich eine Krise des strukturalistischen Marxismus. Diese Krise sollte man zwar nicht so tragisch nehmen, aber sie zeigte doch eine tiefgreifende Veränderung im linken intellektuellen Klima. Poulantzas beging Selbstmord, und Althusser selbst »entschied« sich für den geistigen Tod: Er wurde buchstäblich verrückt.

Vor diesem Hintergrund erlangten die neuen postmodernen, postindustriellen und postmaterialistischen wie auch feministischen Politikansätze immer größere Glaubwürdigkeit als akademische Forschungsgebiete. Die totalisierende Kritik des Marxismus mit ihrer Betonung der Ware als Fetischismus und ihrer

Kritik der ökonomischen Kategorien wurde gegen sich selbst gewendet. Der Totalität wurde vorgeworfen, sie würde auf Totalitarismus hinauslaufen, der Kritik des Fetischismus wurde vorgeworfen, sie sei für die Produktivität um der Produktivität Willen, und der Kritik der ökonomischen Kategorien wurde vorgeworfen, sie sei marxistischer Ökonomismus. Am fürchterlichsten war der Vorwurf, Marx' Kritik an Ricardos Arbeitswerttheorie vertrete eine produktivistische Sichtweise, in der nur männliche Industriearbeit als gesellschaftlicher Wert gelte (!). Natürlich vertrat Marx diese Sichtweise. Und zwar vertrat er sie, weil die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse die Arbeit in genau dieser beschränkten produktivistischen Weise konstituieren. Daß er diese Sichtweise vertrat, hieß aber nicht, daß er sie seine guthieß. Im Gegenteil kritisierte er die Reduzierung der »Arbeit« auf einen bloßen Faktor in der kapitalistischen Produktivität insgesamt. Das ergibt schon ein flüchtiger Blick in seine Schriften. Marx' Kritik der politischen Ökonomie wurde aber gegen ihn selbst gedreht, und es wurde behauptet, Marx habe keine Kritik der politischen Ökonomie geleistet, sondern eine andere Art von Ökonomie begründet, eine Ökonomie, die eine Arbeiterrepublik, eine Republik der Arbeit konstituiere. Wenn man sich Marx' Schriften ansieht, sieht man, daß die Reduzierung der ArbeiterInnen auf menschliche Maschinen im Kapitalismus hier böswillig mit Marx' Kritik an dieser Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus verwechselt wird. Die »neue Linke« des Post-Irgendwas betrieb also eine Denunziation des Marxismus, wie sie früher die Feinde des Marxismus betrieben: die Bourgeoisie und ihre schwatzenden intellektuellen »Klassen«. Die »Neue Linke« sprach sich für die Emanzipation von »Minderheiten«, einschließlich Tieren und Pflanzen aus. Die in den 90er Jahren so betonte Identitätspolitik und Konzentration auf den Lifestyle war schon in den 70er Jahren angelegt. Das Vermächtnis der 70er Jahre ist die Propagierung individualistischer Vorstellungen von Selbstbestimmung und von der Autonomie des Ich, eine Forderung, die gut in die Ideologien der neoliberalen Rechte paßt. Natürlich sollten man den Individuen Mut machen, sich selbst zu bestimmen. Aber in einer Gesellschaft, die den »Wohlstand« ausbreitet, indem sie die Besitzlosen in Armut hält, kann sich das Individuum nur auf der Grundlage seiner individuellen Konkurrenzfähigkeit selbstbestimmen.

Insgesamt sprach sich die neue marxistische Linke seit den 60er Jahren für den Sozialismus aus, ohne sich auf irgendwelche genauen Vorstellungen darüber festzulegen, wie so eine vielleicht Gesellschaft aussehen würde. Vor allem ging es ihr darum, die Marx'sche *Kritik* der politischen Ökonomie wiederzubeleben. Die wenigsten hatten genaue Pläne für den Sozialismus in der Schublade liegen. Aber die Befürwortung des Sozialismus bedeutete keine Befürwortung des »realexistierenden« Sozialismus im damaligen Ostblock. Wenn überhaupt,

so kritisierte die neue marxistische Linke seit den 60er Jahren den realexistierenden Sozialismus viel strenger als konservative Kritiker. Sie ließen sich nicht von Lenin, sondern von Rosa Luxemburg inspirieren.

Trotzdem meinten viele nach dem Fall der Berliner Mauer 1989, daß es keine Alternative zum Kapitalismus gäbe. Es wird also angenommen, daß die sozialistische Linke seit den 60er Jahren den Sozialismus im Osten als ihre Utopie ansah. Daß Befürworter des Kapitalismus das Ende der Geschichte, das Ende des Sozialismus verkünden, ist wohl nicht gerade überraschend. Solche Verkündungen sind sozusagen ihr Beruf und Geschäft, und es wäre im Gegenteil überraschend, wenn sie nicht das Ende der Geschichte fordern würden. Am vehementesten aber verkünden Leute das Ende des Sozialismus und befürworten das Gespenst des Kapitalismus, die sonst eher zur Linken gerechnet werden. Offe, um nur einen Autor zu nennen, sieht seine Position aus den 70er Jahren bestätigt: Es gibt keine Alternative zur liberalen Demokratie und zu marktzentrierten Produktionssystemen. Hirsch, den einige für einen der letzten guten marxistischen Kritiker halten, fordert das Ende der »negativen Kritik«, da sie - zumindest vorläufig - veraltet sei und schwierige Zeiten positive politische Vorschläge erfordern, wie er es nennt, etwa die Erneuerung der liberaldemokratischen Werte angesichts des globalisierten Kapitalismus. Kurz gesagt wurde der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus mit dem Ende des Sozialismus gleichgesetzt, so als wäre die sozialistische Linke seit den 60er Jahren eine realsozialistische Linke gewesen und säße mit auf der Anklagebank. Der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus wurde also nicht als Möglichkeit gesehen, Marx zu befreien, sondern eher als Mittel, um ihn zu begraben und mit ihm die ganze antileninistische Tradition der negativen Kritik. Kurz gesagt, ermöglichte es der Fall der Berliner Mauer, etwas formell zu besiegeln, was eigentlich schon lange stattgefunden hatte, nämlich den Abschied der neuen »Linken« von der negativen Kritik. Kurz gesat, ermöglichte der Fall der Mauer es der neuen »Linken, sich von Marx zu befreien.

Risiko und verwandte Themen

Laut dieser Vorstellung leben wir nicht mehr in einer Klassengesellschaft, sondern in einer *Risikogesellschaft* (Buchtitel von Ulrich Beck). Während der alte, auf Akkumulation und Ausbeutung beruhende Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit zu einer Art Plussummenspiel führte, bei dem der Reichtum der Nationen wuchs, so daß jeder ein größeres Stück vom Kuchen abbekommen konnte, leben wir jetzt leben wir in einer Post-Klassengesellschaft. Folglich wird die Gesellschaft des größer werdenden »Kuchens« von

einem Minussummenspiel abgelöst, das durch »kollektive Selbstverletzung« gekennzeichnet ist. Dabei wird jeder verletzt, das Risiko behandelt alle gleich, und es scheint keinen Ausweg zu geben. Daher spricht Beck von der »Einheit von Täter und Opfer«. Obowhl einige Mitglieder der Gesellschaft gegenüber anderen bevorteilt sein mögen, sind diese Vorteile nur graduell; man kann vielleicht die Nachteile verringern, aber entkommen kann man der Verletzung nicht. Einigen gelingt es, Nachteile für sich zu verringern, indem sie sie auf andere abwälzen, aber die Einheit von Täter und Opfer bleibt bestehen. Folglich gibt es bei Beck keinen bevorzugten gesellschaftlichen politischen Standpunkt, von dem aus man eine Art »Ursachentherapie» beginnen könnte. In Gesellschaften, die auf Klassen beruhten, sei das noch möglich gewesen. Aber in unserer Gesellschaft, in unserer Risikogesellschaft, kann man nichts tun: Alle werden verletzt, und kein Mensch und keine Gruppe kann eine Politik machen, die das »Risiko« aus der Welt schafft. So wird das »Risiko« institutionalisiert, unwiderstehlich und dauerhaft. Beck schließt daraus, daß es kein verläßliches theoretisches Wissen darüber gebe, was für Handlungen oder Nicht-Handlungen wem ein großes Risiko aufbürden und wann das Risiko vielleicht die Unschuldigen und die Häßlichen trifft. Der Grad des Risikos läßt sich nicht erforschen. Man weiß nur, daß es da ist. Daher werden alle gesellschaftlichen Verbindungen »homogenisiert«, da sie alle zu »Angst«-Verbindungen werden!

Die Vorstellung, unsere Gesellschaft sei eine klassenlose Gesellschaft, ist nicht neu, sondern eigentlich so alt wie der Kapitalismus selbst. Auch, daß unsere Gesellschaft riskant oder eine Risikogesellschaft sei, ist nicht neu. Das war z.B. der Ausgangspunkt für Spengler in seinem widerlichen Pamphlet [*Der Untergang des Abendlandes*]. Andere Intellektuelle wie Offe und Hirsch schließen sich zwar Becks Ansichten über das »Risiko« an, bleiben aber auf halbem Weg stehen. Für Offe hat der Sozialismus als Strukturformel für eine wahrhaft emanzipierte Gesellschaftsordnung schon seit geraumer Zeit keinen faßbaren Gehalt mehr. Der Fall der Berliner Mauer habe die demokratischen Werte rehabilitiert, und die Linke solle angesichts von Risiko und neoliberalen Lösungen der Krise des Sozialstaates lieber soziale und ökonomische Mindestgarantien als einfordern, statt Maximalforderungen aufzustellen: Die Linke soll auf eine Vermeidungsstrategie setzen und damit Mindestlöhne und eine soziale Grundversorgung sichern helfen. Vermeidungskriterien lassen sich aber schwer bestimmen: Wie bei Becks These von der Risikogesellschaft liefert die Theorie kein verläßliches Wissen darüber, welches Handeln nötig sei und in wessen Interesse gehandelt werden solle. Vermeidungskriterien lassen sich nur von Fall zu Fall definieren und je nach den verfügbaren Optionen vermittels entsprechender Verfahren und Institutionen anwenden.

Offe argumentiert damit gegen seine alten »theoretischen Väter«: Die Linke solle nicht versuchen, konkrete Endziele zu erreichen; Adorno und die Kritische Theorie werden als irrational verworfen, da eine derartige Theoriebildung jeden Weg hin zu einer Theorie der moralischen Vernunft behindere; der Anspruch der Vernunft auf Revolution wird verworfen, da er die Herausbildung einer moralischen Vernunft verhindere. Die Vernunft solle sich erreichbaren Zielen verschreiben und nicht der Untergrabung der liberalen Demokratie. Theoretisch geht es Beck und Offe darum, jede Vorstellung von Theorie als totalisierende Kraft zu zerstören, als totalisierende Kraft, die sich mit der Existenzweise der wesentlichen Beziehungen, d.h. der Beziehungen zwischen den Menschen und somit zwischen den Menschen und der Natur beschäftigt. Natürlich wirkt Offe weniger entschlossen als Beck, insofern er für die Idee einer moralischen Vernunft eintritt. Dabei argumentiert Offe aber ohne jede theoretische Untersuchung der gesellschaftlichen und historischen Konstitution der »moralischen Vernunft«. Sie wird a priori konstruiert und als kategorische Norm vorausgesetzt. So führt Offe, indem er die »moralische Vernunft« als universell anwendbare normative Verpflichtung versteht, das »Totalisieren« durch die Hintertür wieder ein, als ob die schönen Formen Gleichheit, Freiheit, staatsbürgerliche Rechte usw. unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Inhalt, d.h. als Formen von Ausbeutung und Herschaft existierten.

Hirsch trägt zum Abschied der »neuen« Linken von der negativen Kritik bei, indem er meint, daß die kapitalistische Gesellschaft in einer und durch eine Vielfalt von Antagonismen wie Rassismus, Sexismus, Lohnarbeitskonflikte, ökologische Kämpfe usw. bestehe. Diese Kämpfe individualisierten die Gesellschaft und beeinträchtigten ihre Fähigkeit, den Kräften der Globalisierung zu widerstehen. Auch Hirsch behauptet, es gebe zur Zeit keine Alternative zum Kapitalismus und die Linke müsse dies akzeptieren, um die Folgen einer neoliberalen Globalisierungspolitik zu verhindern. Diese Folgen werden unter Bezug auf Becks Begriff der Risikogesellschaft dargestellt. Bei Hirsch ist das einzige wirklich existierende Subjekt das »Kapital«. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind zu fragmentiert und beziehen sich antagonistisch aufeinander und untergraben damit jede gangbare Alternative. Auch bei Hirsch finden wir also die Wiedereinführung der Totalität. Bei Hirsch ist es das »Kapital« als übergreifendes Subjekt. Wieder wird das Kapital als universelle Kategorie wahrgenommen, die von ihr selbst innewohnenden Kräften konstituiert wird. Im Gegensatz zum Kapital steht nichts. Vielmehr existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen, gesellschaftlichen Gruppen und gesellschaftlichen Konflikten.

Zusammengefaßt hat sich die marxistische Theoriebildung, soweit es die Mainstream-Linke betrifft, seit Mitte der 70er Jahre in wichtiger und bezeichnender Weise verändert. Ob Risikogesellschaft, vernünftige Moral oder das Kapital als Subjekt: all diese Konzepte lehnen die Vorstellung ab, daß man die gesellschaftliche Existenz nur bestimmen kann, wenn man die Unabhängigkeit des Besonderen negiert und es als getrennt in der Einheit betrachtet. Aber gleichzeitig mit ihrer Ablehnung der negativen Kritik führen alle oben genannten Theorien die »Totalität« wieder ein, indem sie entweder mit dem »universellen Risiko« oder der »universellen moralischen Vernunft« oder mit einem »universellen kapitalistischen Subjekt« argumentieren. Keine von ihnen analysiert die gesellschaftliche und historische Konstitution seiner »universellen Kategorien«. Alle setzen sie a priori das Vorhandensein ihrer universellen Kategorien voraus. Und da diese Kategorien vorausgesetzt werden, leiten sich ihr »Vorhandensein« und ihre »Macht« aus Prinzipien her, die sich jedem kritischen Urteil entziehen, als ob diese Prinzipien aus unsichtbaren Räumen erwüchsen.

Alle oben genannten Theorien beruhen ungeachtet ihrer jeweils besonderen Form auf drei voneinander abhängigen Entwicklungen:

1) Alle behaupten, sie hätten neue wichtige Entwicklungen entdeckt, die sich im Rahmen der marxistischen Tradition nicht mehr angemessen analysieren lassen. Im schlimmsten Fall erscheint die marxistische Theorie von den Ereignissen überholt und daher veraltet, im besten Fall muß sie von Grund auf revidiert werden, um das angeblich Neue in ihrer Analyse unterzubringen. Genauer betrachtet sind die Vorwürfe gegen die marxistische Theorietradition aber nicht neu, sondern setzen eine lange, früher mit dem liberalen Denken verbundene Tradition der »Ablehnung« fort. Auch die Behauptung, es habe Entwicklungen gegeben, die das theoretische Fassungsvermögen des Marxismus übersteigen, ist ziemlich alt. Was ist denn neu an der »Risikogesellschaft«: Arbeiter tragen ständig das Risiko von Unfällen, Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen usw. Und natürlich war der Bankrott immer ein Risiko für den Kapitalisten. Die Ausbeutung vermittelt sich dem Einzelkapialisten ja wirklich in gewisser Weise über die Konkurrenz. Wenn der Kapitalist es nicht schafft, die ArbeiterInnen mit »Risiken« zu belegen, geht er vielleicht ein »Risiko« ein.

2) Alle Ansätze der neuen »Linken« seit Mitte der 70er Jahre gehen aus von der Ablehnung der marxistischen negativen Kritik, die versucht, verschiedene Phänomene als unterschiedliche Momente einer Einheit zu bestimmen. Hand in Hand mit dieser Ablehnung geht die Einnahme eines wertneutralen Standpunkts. Daher wird die negative Kritik wegen ihrer »Negativität« und somit

wegen ihrer scheinbaren Irrationalität abgetan. Außerdem geht die Ablehnung der negativen Kritik einher mit der Ablehnung der totalisierenden Sichtweise des Marxismus. Stattdessen spezialisieren sich die neuen »linken« Ansätze auf besondere »Fälle«, aus denen sie allgemeine Urteile über die Welt ableiten. Methodisch stützt sie sich auf eine induktive Erkenntnistheorie, auf Kausalzusammenhänge und auf einen wertfreien Untersuchungsstandpunkt. Ihre Methode und ihre ihr Totalitätsbegriff durch die Hintertür decken sich mit anderen Worten also mit der positivistischen Gesellschaftstheorie, wie sie Parsons bekannt gemacht hat.

3) Alle »linken« Ansätze seit Mitte der 70er Jahre behaupten, sie hätten eine Alternative zur negativen Kritik des Marxismus entwickelt. Diese Alternative ist aber fest in das erkenntnistheoretische Korsett der (vulgär-) ökonomischen Theorie eingebunden. Spätestens seit der Grenznutzen-Revolution Anfang des Jahrhunderts versuchte die ökonomische Theorie nicht mehr, die »Wirtschaftswissenschaften« wie Smith und seine Zeitgenossen als Wissenschaft zu etablieren, sondern gründete sich immermehr auf willkürlich gesetzte Annahmen und bestimmte ökonomische Variablen. Diese Variablen werden jeweils als Elemente in einer mathematischen Gleichung interpretiert. Während Marx davon ausging, daß alles und jedes als Zusammenhang voneinander abhängiger und einander durchdringende Momente einer dialektischen Totalität konstituiert ist, behandeln die Wirtschaftswissenschaften jeden Fall einzeln und führen diese Einzelfälle dann in eine Gleichung ein, aus der sie sich Modelle bauen. Damit wird alles und jedes auf Quantität reduziert und in einem äußerlichen kausalen Summenspiel aufeinander bezogen. Und mir scheint, daß die modernen neuen »linken« Theorien genau dasselbe tun. Die Kehrseite ihrer Ablehnung der marxistischen Behauptung einer dialektischen Totalität ist die Behandlung gesellschaftlicher Verhältnisse als rassistische, sexistische, Lohnarbeits-, Natur-Verhältnisse usw. usf. Die neuen linken Steckenpferde wie Identitätspolitik, wie »Lifestyle«, wie die gleichgültige postmoderne Behauptung, daß Widerstand nur leere Bedeutung sei, wie die Risikogesellschaft, in der alle Opfer sind, usw. beruhen allesamt auf der Vorstellung von lauter einzelnen Umständen und Einzelfällen, die mit einander in Beziehung gesetzt werden, als existiere jeder Einzelfall unabhängig vom anderen und als seien die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ganzes nur die Summe der vielen Einzelfälle. Die neue »linke« Gesellschaftstheorie stellt mit anderen Worten dieselben theoretischen Behauptungen auf wie die ökonomische Grenznutzentheorie und ihr gesellschaftlicher und politischer Begleiter, das positivistische Denken. Ist diese Aussage zu hart? Vielleicht. Aber auch die Grenznutzentheorie geht von Universalien wie dem Markt, dem Kapital usw. aus. Sie geht von Annahmen aus. Die neue linken Theorie scheint auch von Annahmen und Uni-

versalien auszugehen: Sie bzieht sich auf das Kapital als universelles Subjekt oder auf die moralische Vernunft als universelle wertfreie Norm des guten Lebens der Ausbeutungsverhältnisse oder auf die Katastrophe als eine universell anwendbare Macht, die ungeachtet der Einzelumstände Risiken hervorbringt, egal ob jemand in der Scheiße oder hinter goldenen Sicherheitszäunen lebt. Kapital, vernünftige Moral und universelle Katastrophe sind allesamt nur Annahmen: Die Konstitution ihres »Bestehens« wird nicht in Frage gestellt. Sowohl die Grenznutzentheorie als auch das neue »linke« Denken beruhen auf der Trennung von »Entstehung« und »Bestehen«. Diese Trennung macht laut Horkheimer (*Dämmerung*) den blinden Fleck des dogmatischen Denkens aus. Der Dogmatismus fühlt sich natürlich am besten bei Ansätzen aufgehoben, die sich weigern, die gesellschaftliche Welt, in der wir leben, als in und durch gesellschaftliche Praxis konstituierte Welt zu begreifen, so pervertiert diese Praxis auch sein mag. Ironischerweise landet die neue »Linke«, die so hart um ein respektables Image gekämpft hat, indem sie sich von allem befreit hat, was irgendwie an negative Kritik erinnert, genau da, wo sie den »Marxismus« hinprojizierte: im Lager des Dogmatismus.

Schluß

Unser Ausgangspunkt war die These, es gebe eine Politik des neuesten Trends. Stimmt dieser Titel? Irgendwie gefällt mir die Vorstellung und ich habe wohl einiges aufgefahren, was dafür spricht. Geht dieser Titel aber nicht vielleicht doch an der Sache vorbei? Könnte man nicht mit Recht behaupten, daß dahinter noch etwas Grundsätzliches steckt, das von der These, es gebe eine Politik des neuesten Trends, nur verdeckt wird?

Meine These war, daß die Politik des neuesten Trends auf den Abschied der Linken von der negativen Kritik zugunsten neuer und neuerer Begriffe, die auf der theoretischen Tradition des Positivismus beruhen, hinauslaufe. Damit habe die Linke ihre theoretische »Heimat« verloren und ihre Begrifflichkeit an die theoretische Programmatik ihres »Feindes« angepaßt. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen dem Neoliberalismus und Offes Projekt einer moralischen Vernunft. Aber diese Unterschiede sind nur Variationen eines gemeinsamen Themas. Man könnte also behaupten, daß die Theorie des neuesten Trends nichts anderes ist als eine Krise der Theorie, eine Krise, die von der gesellschaftlichen Krise der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse seit Ende der 60er Jahre beeinflußt ist und als ihr theoretischer Ausdruck selbst auf sie zurückwirkt. Eine Krise der Theorie muß aber mehr sein als bloß eine objektive Widerspiegelung der »gesellschaftlichen und ökonomischen Krise«. Menschen können sich entscheiden, und sie entscheiden sich auch. Die Politik des

neuesten Schreis läuft also auf etwas anderes hinaus, auf etwas, das sich hinter sich selbst versteckt. Dieses Etwas läßt sich vielleicht am besten durch zwei zusammenhängenden Fragen aufzeigen:

Erstens an der Mode: Es besteht kein Zweifel daran, daß Gesellschaftstheorie, vor allem linke, von Moden abhängig ist. Die Erfindung neuer Forschungsrichtungen, Vorschläge für neue Forschungsthemen usw. sind sehr einträglich, was Forschungsfinanzierung, wissenschaftlichem Ruf, Buchauflagen und anderes angeht. Mit Neuerungen kann man sich einen Namen und nicht nur einen Namen machen. Neuerungen verleihen den Sozialwissenschaften auch »Bedeutung«. Sie legitimieren die Sozialwissenschaften als nützliche gesellschaftliche Tätigkeit und verleihen ihr damit akademisches »Ansehen«. Das neue konstruktive Auftreten des neuen »linken« Denkens übernimmt also eine dienende Rolle für die Gesellschaft: als Dienerin der Verfassung.
Zweitens an der Verwandlung in eine Ware: Die angesagte modeabhängige Gesellschaftstheorie kann den Anspruch der Theorie, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verstehen, begrifflich zu durchdringen und zu kritisieren, nicht mehr aufrechterhalten. Statt »alles zu bezweifeln«, wie es die Aufklärung wollte, macht sich diese Gesellschaftstheorie der akademischen Industrie dienstbar, ähnlich wie es Adorno in seiner Kritik der Kulturindustrie beschrieb. Die »linke« Gesellschaftstheorie ist so gesehen also ein Ausdruck des Zeitgeistes, eines Zeitgeistes, den die theoretischen Moden hochzujubeln und auszunutzen versuchen. Der Zeitgeist produziert keine gute Theorie, aber er produziert Theorie, die ein williges Käuferpublikum bei allen möglichen LeserInnen findet, deren Ansichten und »Ängste« er nicht in Frage stellen will. Ich würde also behaupten, daß ein Großteil der aktuellen linken Theorie auf Markterfolge setzt. Sicherlich hängen Markterfolge mit der jeweiligen politischen Konjunktur zusammen. Aber wie ich schon sagte, erwies sich ein Großteil des Marxismus der späten 60er Jahre meines Erachtens schon im politischen Klima der 70er Jahre als »Mode«. Theorieproduktion, Themenproduktion, Zeitgeist und Verkaufsaussichten hängen aufs engste zusammen. Was bei alledem auf der Strecke bleibt, ist »die Theorie« und damit das Begreifen gesellschaftlicher Praxis: in diesem Sinn erleben wir tatsächlich eine tiefe Krise der Theorie. Und zwar nicht, weil sie sich nicht in eine Ware hätte verwandeln lassen, sondern im Gegenteil, weil sie sich beängstigend leicht in eine Ware hat verwandeln lassen.

Werner Bonefeld

Nachbemerkung

Werner Bonefeld hat diesen Text für einen Vortrag vor einer Gruppe von linken Ökonomen an der Athener Uni geschrieben. Er wird im Original auf griechisch in der Zeitschrift *Axiologika* erscheinen.

Ihm ging es dabei darum, die derzeit angesagten »linken« Theorie-Gurus auseinanderzunehmen. Wichtig und gut finden wir daran, daß Werner die ideologischen Muster herausarbeitet, die die verschiedenen gerade angesagten »linken« Theorien mit dem heute herrschenden bürgerlichen Denken teilen.

Sich an die Vordenker der jeweiligen theoretischen Strömungen zu halten, ist sinnvoll, weil die Kritik an ihnen zugleich auch ihre vielen Anhänger und Nachplapperer trifft. In unseren Diskussionen mit Linksradikalen spielen Beck oder Offe explizit keine Rolle (Hirsch schon eher), *aber bei diesen »Vätern« finden sich die Ideologien, die uns in Diskussionen oder in linksradikalen »Theoriepapieren« um die Ohren gehauen werden, in Reinkultur.* Es kann unsere Kritik nur voranbringen, wenn wir die immer wiederkehrenden ideologischen Versatzstücke nicht immer wieder an jedem einzelnen Text und aus jeden einzelnen Anlaß durchkauen, sondern irgendwann mal wie Werner versuchen, an die Quelle zu gehen und die ganze dahinterstehende Ideologie auseinanderzunehmen.

Jetzt die schlechte Nachricht: Werner spricht hier immer von »der Linken«, der »neuen Linken« oder der »Mainstream-Linken«. Tatsächlich meint er drei prominente Professoren aus der BRD (wie den Lafontaine-Freund Beck, der demnächst offizieller Regierungsberater werden dürfte). Die Konzentration auf die BRD ist dabei nicht so schlimm – Werners Kritik träfe z.B. genauso auf Pierre Bourdieu oder Stuart Hall zu.

Auch die meisten »Linken von der Straße« (ob Grüne, Eurokommunisten oder Autonome) hätten die Kritik in diesem Papier verdient. Was uns aber irritiert, ist, daß sie überhaupt nicht *vorkommen* – so als bestünde »die Linke« nur aus ein paar Professoren und Regierungsberatern. Und auch mit den »einstigen Anhängern des Marxismus«, die sich dann als »Anhänger der Mode« erwiesen, indem sie lieber »wertfreie akademische Forschung« betrieben, sind nur Akademiker gemeint. Dabei hat es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine weltweite revolutionäre Klassenbewegung gegeben, diese kommt aber nicht vor.

Aber auch politisch bastelt er sich als positive Folie eine Ideallinke der 60er Jahre zurecht, die es so nie gegeben hat. Wo war denn damals die »antileninistische Tradition«? Im damals gängigen »Marxismus« dominierten im Gegenteil weltweit verschiedene Ausprägungen des Leninismus: ob im deutschen oder amerikanischen SDS, bei den Black Panthers oder der RAF, ob bei den Trotzkisten, Maoisten oder sogar den Operaisten. »Marxistische« Gruppen wie die Rätekommunisten oder die Situationisten waren Minderheiten. Ob uns oder Werner das »gefällt«, ist tatsächlich nur eine »Geschmacksfrage«.

Überhaupt erkennen wir die »marxistische Tradition« in diesem Text kaum wieder: Waren Engels, Kautsky und Lenin, um nur ein paar zu nennen, nicht auch irgendwie »Marxisten«? Der Arbeits- und Staatsfetisch der meisten kommunistischen Parteien ist nicht bloß eine böswillige Erfindung der bürgerlichen Ideologie, und die Theoretiker dieser Parteien hatten in der Regel mehr als nur »einen flüchtigen Blick auf Marx' Schriften geworfen«. Es hat keinen Sinn, die »marxistische Tradition« von der Kritik auszunehmen und so zu tun, als habe irgendwann in den 70er Jahren plötzlich ein Sündenfall stattgefunden. (Absurd wird diese Beschönigung der Geschichte im übrigen, wenn Werner sich dann selbst auf Horkheimer beruft, der 1968 (!) z.B. schrieb: »Offen zu sagen, die fragwürdige Demokratie sei bei allen Mängeln immer noch besser als die Diktatur, die ein Umsturz heute bewirken müßte, scheint mir jedoch um der Wahrheit willen notwendig zu sein.« und damit den Vietnamkrieg verteidigte.)

So bleibt Werners Kritik abstrakt: Er zeigt nicht, inwiefern diese ganzen modernen Theorien »notwendig falsches Bewußtsein« sind und auch funktionieren! Sie sind ja nicht »nichts« oder völlig abgedreht, sondern können die Realität von einem affirmativen Standpunkt durchaus erklären, so wie Beck, der der Umwelt- und Friedensbewegung erklärt, was sie da tut und warum es gleichzeitig das einzige ist, was sie in einer »Risikogesellschaft« überhaupt tun kann. Jeder Wissenschaftssoziologe kann bestätigen, daß Wissenschaftler sich an Moden orientieren und reich und berühmt werden wollen. Aber das greift zu kurz, denn es erklärt nicht, *warum* der »Marxismus« in den 60er Jahren zur Mode geworden ist. Der Versuch, das zu erklären, würde dann wohl doch den Bezug auf die gesellschaftliche Arbeiterklasse notwendig machen: in einer gesellschaftlichen Aufbruchstimmung müssen die bezahlten Intellektuellen eben anders argumentieren – wichtig ist aber, daß sie es auch *können.* Sie »erfinden« ihre Gedanken ja nicht, sondern recyclen gesellschaftliche Praxis, sie »erklären«, was die Menschen sowieso tun.

Es ist die größte Stärke des Textes, daß er radikal gegen den gesamten heutigen akademischen Marxismus Front macht, aber es zugleich seine größte Schwäche, daß er seine ZuhörerInnen trotz allem nicht ermuntert, sich der wirklichen Welt, der Arbeiterklasse zuzuwenden und nach praktischen Möglichkeiten zu suchen, mit der ganzen Scheiße schlußzumachen, die sich in den im Text kritisierten Ideologien ausdrückt.

B./T.

Globalize it!
Sans-Papiers
Klassenkampf und Migration
Die Politik des neuesten Trends

Tieropfer fürs Telefon

Mit Tieropfern und Stammestänzen haben die Einwohner von Tongariki gestern die Inbetriebnahme des ersten Telefons auf ihrer kleinen Insel gefeiert. Damit ist die nur wenige hundert Bewohner zählende Insel erstmals verläßlich mit den anderen zur Republik Vanuatu gehörenden zwölf Haupt- und 70 Nebeninseln im Südpazifik verbunden. (afp)